

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Zeitung-Verzeichnisse für 1894 unter Nr. 6919.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgepoltrene Petitlinie oder deren Raum 40 Pf., für Breiten- und Vertikalungen: Anzeigen 20 Pf. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Sonnabend, den 20. Januar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die Vertheilung des Einkommens in Preußen.

Die vielfagenden Steuergiftern des Herrn Miquel liegen nun auch für das Etatsjahr 1893/94 in einer im Auftrage des Finanzministers vom preussischen statistischen Bureau bearbeiteten Publikation vor. In anerkannter werthvoller Bescheidenheit nennt sich diese Arbeit: „Mittheilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preussischen Staate“, denn die Veröffentlichung ist so lässig wie nur irgend eine aus dem Lande des grünen Tisches, wo man dem Publikum nur das mittheilt, was für die Regierung von Interesse ist; und das sind bei uns natürlich in erster Linie die Steuerbeträge. Was das Publikum aber am meisten interessiert, die wirkliche Vertheilung des Einkommens, bleibt natürlich nach wie vor hinter einem mysteriösen Schleier und nicht einmal der Ehrgeiz mit den sächsischen Publikationen über die wirkliche Einkommensvertheilung zu konkurriren, bringt das preussische statistische Bureau aus seiner bürokratischen Reserve. Nach wie vor ist man deshalb in Preußen auf Schätzungen angewiesen, um der Einkommensvertheilung auf die Spur zu kommen.

Steuerpflichtig für das Etatsjahr 1893/94 waren 2 481 887 Jeniten (gegen 2 487 886 im Jahre 1892/93) mit einem Steuereinkommen von 123 190 181 M. (gegen 124 842 848 M. Dem Mehr von 43 951 Jeniten steht aber ein Weniger von 1 652 717 M. Steuern gegenüber. Es wäre jedoch verfehlt, aus der Verminderung des Steuerbetrages auf eine Verminderung des Einkommens zurückzuführen. Die Verminderung ist vielmehr nur eine rein rechnerische. Für 1892/93 sind nämlich zum Vergleich die Steuerveranlagungen erster Instanz, nicht aber die erfolgreichen Reklamationen, welche das Steuerveranlagungsoll um 3 154 087,62 M. ermäßigten, herangezogen. Das veranlagte Einkommen der physischen Personen ist also thatsächlich nicht bloß von 5 724 823 764 M. in 1892/93 auf 5 725 388 362 M. in 1893/94 gestiegen, sondern noch um denjenigen Betrag, um welchen sich infolge begründeter Reklamationen das veranschlagte Einkommen für 1892/93 verminderte. Der Differenz-Betrag ist leider nicht angegeben.

Von den Steuerpflichtigen des Jahres 1893/94 sind 2 479 778 physische und 2059 juristische Personen. Von den veranlagten juristischen Personen hatten

ein Einkommen von Mark

1434 Aktien- und Aktien-Kommandit-Gesellschaften	264 013 543
195 Bergwerks-Gesellschaften	37 157 989
314 eingetragene Genossenschaften	2 460 872
116 Vorshupvereine	1 159 288
Zusammen	304 791 692

gegen 332 834 447 M. in 1892/93. Das veranlagte Einkommen der 2 479 778 physischen Personen, 8,24 pCt. der Gesamtbevölkerung, die sich

1893/94 auf 30 080 017 Köpfe stellt, beträgt 5 725 388 362 Mark, im Durchschnitt also 2309 M. (gegen 2350 M. im Vorjahr).

Nicht berücksichtigt hierbei sind diejenigen Jeniten, die ein Einkommen von weniger als 900 M. aufweisen, da diese bekanntlich nicht einkommensteuerpflichtig sind. Die „Mittheilungen“ enthalten auch keinen Hinweis darauf, wie groß die Zahl der Erwerbshätigen mit einem Einkommen von weniger als 900 M. ist, und wie hoch sich deren durchschnittliches Einkommen stellt. Gerade diese Daten haben aber für uns das größte Interesse, denn sie würden in erster Linie die trassen Gegenläge in der Einkommensvertheilung beleuchten. Nur mit Hilfe angnäherter Schätzungen kann man deshalb die Verhältnisse der untersten Bevölkerungsschichten ermitteln.

Die 2 479 778 steuerpflichtigen Personen (mit einem Einkommen über 900 M.) entsprechen einer Bevölkerungszahl von 9 009 536, machen also 27,52 pCt. von dieser letzteren Zahl aus. Steuerfrei geblieben sind 21 070 481 Köpfe; nimmt man nun an, daß dieser Köpfezahl ebenfalls 27,52 pCt. Erwerbshätige entsprechen, so hätten wir 1893/94 in Preußen 5 798 596 Erwerbshätige mit einem Einkommen von weniger als 900 M.

Durch Vergleichen mit der sächsischen Einkommen-Statistik und unter Heranziehung der bekannten Soetber'schen Schätzungen ist das Durchschnittseinkommen dieser Klasse auf keinesfalls mehr als 500 M. zu veranschlagen. Unter Benennung dieser Schätzungen würde sich das Einkommen der physischen Personen in Preußen 1893/94 folgendermaßen gruppieren:

Einkommensstufen.	Zahl der Jeniten.	%	Einkommen in 1000 M.	%	Durchschnittseinkommen.
unter 900 M.	5 798 596	70,0	2 899 298	83,6	500
900—3000	2 160 461	26,1	2 968 762	84,4	1372
über 3000	7 059 057	86,1	5 865 060	88,0	737
über 8000	319 317	3,9	2 756 876	32,0	8641
über 900	2 479 778	30,0	5 725 388	66,4	2309
Total	8 278 574	100	8 624 636	100	1040

Aus dieser Tabelle ist unmittelbar abzulesen, daß 96,1 pCt. der Jeniten ein Einkommen bis zu 3000 M. aufweisen, also keinesfalls in der Lage sind, sich und den Ihrigen eine halbwegs behagliche Existenz zu schaffen, denn ihr Durchschnitts-Einkommen beträgt nur 737 M.; aber an dieses klägliche Einkommen reichen 70 pCt. der Bevölkerung nicht einmal heran, weisen also nicht einmal das v. Rauchhaupt'sche Existenzminimum auf. Dazu hat sich die Lebenshaltung dieser Masse, die man füglich ganz zum Proletariat rechnen kann, seit dem vergangenen Jahre erheblich verschlechtert, denn 1892/93 betrug das Durchschnittseinkommen der Jeniten mit einem Einkommen bis 3000 M. noch 755 M., während es im laufenden Jahre auf 737 M. zurückgegangen ist. — Dagegen haben nur 3,9 pCt. der Jeniten ein Einkommen, das zu einer vorzüglichen Lebenshaltung ausreicht ist, bezw. ein luxuriöses Leben gestattet. Das Durchschnittseinkommen dieser 3,9 pCt. mit einem Einkommen über 3000 M. beträgt 8641 M., also beinahe das zwölffache des Einkommens der Proletarier.

Es kann kein ärgeres Mißverhältniß geben als es in den nüchternen Zahlen ausgedrückt ist, daß 7,9 Millionen Proletarier insgesamt ein Einkommen von 5868 Millionen Mark, dagegen 0,3 Millionen Reiche, der Zahl nach 1/20 von der Zahl des Proletariates, beinahe die Hälfte des den Proletariern zustehenden Einkommens, nämlich 2756,6 Mil. Mark für sich allein verzehren.

Und noch besser kann man sich die schroffe Ungleichheit der Einkommensvertheilung in folgender Weise veranschaulichen. Auf die Angehörigen der einzelnen Einkommensstufen: unter 900 M., 900—3000 M., über 3000 M., vertheilt sich das Gesamteinkommen in drei annähernd gleiche Theile, aber die Angehörigen der drei Klassen machen 70/100 bezw. 20/100 und 10/100 aller Erwerbshätigen aus. Mit anderen Worten: das Einkommen in Preußen vertheilt sich so, wie wenn man bei einer Vertheilung von 25 M. unter drei Personen dem Armen . . . 1 M. dem Wohlhabenden 6,5 „ dem Reichen . . . 17,5 „

zukommen ließe, womit auf das schönste die ausgleichende „Harmonie der Interessen“ in der kapitalistisch organisierten Gesellschaft illustriert wird.

Was man unter die „Harmonie der Interessen“ alles einordnen kann, erfährt man aber dann erst mit voller Deutlichkeit, wenn man die Einkommensstufen über 3000 Mark noch etwas weiter trennt, als es bisher geschehen war.

Die Zahl der Jeniten in den Einkommensklassen

3 000—6 000	beträgt: 208 480
6 000—14 500	80 433
14 500—36 000	22 239
über 36 000	8 165

Diese Zahlen sind freilich nur mit Vorsicht zu verwenden, denn bei den Einkommen über 14 500 Mark, die nur oder fast nur aus der höchst qualifizierten Arbeit des Konponabschneidens und des Einstreichens von Unternehmergewinn fließen, ist jede Kontrolle der Selbsteinschätzung so gut wie ausgeschlossen. Bei den Jeniten dieser Kategorie ist der Staat nur noch auf den guten Willen der Selbsteinschätzer angewiesen, sicher eingeschätzt kann nur der werden, dem jeder Nachbar in den Topf guckt oder der als Beamter leicht kontrollierbare Gehälter bezieht. Dazu enthalten die „Mittheilungen“ auch nur einen geringen Anhalt dafür, wie groß das wirklich deklarirte Einkommen ist. — Aber lehrreich sind diese Zahlen trotz alledem. Auf die Jeniten von 3000—14 500 Mark entfallen annähernd 1547 Millionen Mark an Einkommen, also auf 288 913 Jeniten ungefähr ebensoviel, als was die zehnfache Zahl der Erwerbshätigen der untersten Klasse (unter 900 Mark) zu verzehren hat; auf die 22 239 Jeniten der Einkommensklassen von 14 500—36 000 M. entfallen ca. 400 Millionen Mark, jeder Einzelne also besitzt eine mehr als 34 fache Konsumtionskraft als der Durchschnittsproletarier der untersten Klasse; und von den 8165 Millionen (mit einem Einkommen über 36 000 M.), auf die insgesamt etwa 804 Millionen an Einkommen entfallen,

### Feuilleton.

Wachdruck verboten. | Alle Rechte vorbehalten.

### Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.  
„Absehnlich!“ Der Duft dieses Briefes haftete an ihren Fingern, gleich wie er an den Fingern ihres Mannes hängen geblieben war.  
Sie schüttelte sich vor Ekel, indem sie die Hand mit den ausgespreizten Fingern weit von sich streckte. Aber da erinnerte sie die Bewegung selbst an eine gleiche aus gleicher Ursache.  
Es war an ihrem Hochzeitsabend, wo sie den schönen Strauß in die Hand genommen hatte, in dem eine Karte geborgen war, mit demselben, ganz demselben Duft, der ihre Nerven damals wie heut affizirte — und sie erinnerte sich seines finsternen Blickes, als sie die Karte ihm überreichte, und sie glaubte den seltsam gepressten Ton wieder zu hören, mit dem er den Namen von dieser Karte las: „Vermina!“ rief sie, und erschrak über ihre eigene Stimme.  
Sie schlenderte Brief und Bild weit von sich auf die Erde und brach in ein konvulsivisches Weinen aus.  
Sie wußte Alles, sie errieth Alles.  
„Gelogen, mir gelogen — um zu ihr zu gehen — Erich, Erich!“  
Wie ein Schrei der Verzweiflung drang sein Name von ihren zuckenden Lippen, dann völlig in sich zusammenbrechend, rang sie die Hände in maßlosem Weh.

„Und ich hab' ihn so lieb gehabt — so lieb gehabt — so lieb — so lieb —!“  
Sie wiederholte es wieder und immer wieder und glaubte zu vergehen in Jammer.

### XI.

Im Wartesaal I und II. Klasse des Münchener Bahnhofes, der zu jener Zeit noch nicht die Ausdehnung und die zahlreichen Anexe des heutigen besaß, waren die Gaslichter bereits angezündet, die den großen architektonisch reich ausgestatteten Raum hinlänglich erhellten. Er war von Reisenden und ihren Begleitern gefüllt, die den Wiener-Pariser Schnellzug erwarteten.  
Nach und nach fanden sich auch Diejenigen ein, die den Personenzug Holzkirchen-Schliersee benutzen wollten, der dem Abgang des ersteren unmittelbar folgte.  
Auf allen Bänken, die längs der Wände herumkissen und dos-a-dos inmitten des Saales aufgestellt waren, häuften sich das Handgepäck in allen Formen und Größen.  
Eben war Helene Hartmann hereingetreten.  
Als sie an einem der großen Spiegel vorbeikam, die architektonisch verwendet, von einem mächtigen Holzrahmen umgeben waren, erschrak sie über ihr verstorbes Gesicht und die rothgeweinten Augen.  
Sie zog den Schleier darüber und setzte sich in die Ecke, dem Fenster zunächst, das nach dem Perron hinausging, der von den dunkelroth gefärbten Wolken des scheidenden Tages erhellt war. Die Anruhe und Bewegung um sie herum war in stetem Zunehmen, sie bemerkte es kaum in ihrer schmerzlichen Versunkenheit.  
Da wurden die Thüren, die nach dem Perron gingen,

aufgerissen und eine Anzahl Personen, dicht aneinander gedrängt, stürzten herein.  
Der Wiener Schnellzug war angekommen; er hatte fünfundsanzig Minuten Aufenthalt.  
Die Mehrzahl der Passagiere begaben sich nach dem Büffet, andere gingen auf und nieder, um die nach langer Fahrt steifen Glieder wieder gelenkig zu machen.  
Man richtete an seinem Gepäck und an sich selbst, trank Bier, plauderte laut miteinander, rief den Bedienteten zu, verlangte dieses und jenes, schimpfte, wenn es nicht sofort zur Stelle war, kaufte, handelte, zahlte oder wünschte sein Geld zu wechseln. Alles mit jener Unbekümmertheit, Selbstsucht und nervösen Hast, die die Reisenden eines Schnellzuges charakterisiren.  
Einige Zeitungsverkäufer waren zur Stelle und boten mit lauter, gellender Stimme Tages- und Wochenblätter aus.  
Einer derselben trat zu Helene und sprach sie an.  
Sie winkte nur abnehmend mit dem Kopfe.  
Er ließ sich nicht abweisen, und während er scheinbar eine Anleihe unter seinen Blättern traf, drückte er ihr einen Zettel in die Hand.  
„Nehmen Sie,“ sagte er leise und dringend, „Herr Ebner bittet Sie, das zu lesen.“  
Und als sie ihn verständnißlos anstarrte, fügte er ungeduldig hinzu: „Da giebt's kein Besinnen, Madamchen, es handelt sich um etwas Wichtiges, lesen Sie nur.“ Und in seinen anpreisenden Geschäftston verfallend: „Es sind die neuesten „Fliegenden“ — Sie können mir das Geld dafür geben, wenn ich wieder vorbei komme — und Ihre Antwort auch,“ setzte er leise hinzu.

verzehrt jährlich jeder 197 Proletariereinkommen, — nein, er verzehrt die Proletarier selbst und deren viergliedrige Familie, indem er deren Einkommen für sich verzehrt. Zwei Proletarier auf jeden Millionär müssen täglich langsam verhungern, damit diese 8000 Millionäre in Saub und Bräus leben können! — Und der eine Krösus im Regierungsbezirk Düsseldorf, der ein Jahreseinkommen von mehr als 7 Millionen Mark besitzt, verbraucht für seine Person sogar allein 1400 Proletariereinkommen, 15 Proletariereinkommen täglich! Fiktwahr, der Entwicklungsweg des Kapitalismus ist mit Leichen besät. —

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Januar.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am heutigen Tag folgende Interpellation eingebracht, die voraussichtlich in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen wird:

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Frage:

Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, der infolge an dauernder Arbeitslosigkeit, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse, in den weitesten Volksteilen herrscht.

Berlin, den 19. Januar 1893.

(Folgen Namen.)

Im Auftrag der Fraktion wird Liebknecht die Interpellation begründen, Bebel und Singer in der Debatte das Wort ergreifen.

Bei dieser Gelegenheit wird die Regierung nicht umhin können, die vorgestrigen Vorgänge aufzuklären. —

**Aus dem Reichstag.** Die erdrückende Mehrzahl der Reichsboten zieht es vor, zu Hause bei Mutter zu bleiben und sich um die Vorgänge im Reichstag möglichst wenig zu kümmern. Die wenigen Abgeordneten aber, welche zur Stelle sind, sei es, daß sie so wie so in Berlin wohnen, sei es, daß sie für den betreffenden Gegenstand gerade ein besonderes persönliches Interesse empfinden, die entwickeln eine Redelust, welche einer besseren Sache würdig wäre.

Eine längst zu den Todten gelegte Steuervorlage noch tödter zu reden, ist wirklich ein Vergnügen, für das wir kein Verständnis haben. Todt ist aber die Weinsteuervorlage und auch die heute von dem Abg. Gamp und dem Ministerialdirektor Aschenborn an dem Leichnam vorgenommenen Galvanisirungsversuche waren eitle Liebesmühe. Todt ist und abgesehen von einer etwas erhöhten Börsensteuer wird Herr Miquel von seinem ganzen Steuerboquett nichts aus der parlamentarischen Schlacht retten.

Unter den Gegnern der Vorlage zeichnete sich heute durch Sachkenntnis und Energie besonders die Rede des Elsfässers Simonis aus.

Da noch ein gutes Bäderduzend von Rednern vorgemerket ist, keiner der Herren auf sein Sprüchlein verzichten will, ein Schluß aber unmöglich ist, da jeden Moment die Beschlussfähigkeit angezweifelt werden könnte, so wurde die Debatte vertagt und wird also morgen noch weiter geredet werden. —

**Bundesrath.** In der am 17. d. Mts. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretär des Innern Dr. v. Wötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden der Entwurf einer Gemeindeordnung für Elbsaß-Lothringen, der Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Straf-Prozessordnung, sowie der Beschluß des Reichstages wegen Revision betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landes-Haushaltsetats von Elbsaß-Lothringen für 1894/95 wurde die Zustimmung erteilt. Die Berechnung der nach dem Entwurf des Reichs-Haushaltsetats für 1894/95 zur Deckung der Gesamtausgabe aufzubringenden Matrikularbeiträge wurde genehmigt. Endlich wurde wegen Beförderung einer Mitgliedsstelle bei einer Disziplinarkammer Beschluß gefaßt. —

**Das Gesetz betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen von 1870 und an deren Hinterbliebene** wird heute vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht.

„Und er ging weiter, seine „Fliegenden“ andrusend. Helene hielt diese zugleich mit dem Zettel vor ihre Augen. Es war Konrads Schrift, er hatte in Eile einige Zeilen mit Bleistift darauf geschrieben.“

Sie schlug den Schleier zurück und versuchte zu lesen. Sie vermochte es nicht; die Buchstaben tanzten vor ihren Augen und sie fühlte sich unfähig, sie aufzufassen und zu verstehen.

Mit hilflosen, thränenden Augen blickte sie um sich. Sie suchte Konrad und fand ihn nicht.

Da bemerkte sie Lazar einige Schritte von ihr, dem Spiegel zunächst, und nun reichte sie in ihrem zermarteten Kopfe blyhartig Gedanke an Gedanke:

Der Kusse erwartete seine Frau — „heute“ hatte er zu Konrad gesagt.

War er nur hergekommen, um sie zu empfangen? Aber wenn sie mit dem Wiener Buge gekommen war, mußte sie hier sein — und doch stand er allein, die Arme verschränkt, schier theilnahmlos — und wo war Ebner — was verlangte er von ihr?

Ein Fanken von Willenskraft war ihr erstanden.

Sie brachte den Zettel vor ihre Augen und las:

„Helfen Sie uns! Wir sind beobachtet, jede unserer Bewegungen steht unter Kontrolle. Und doch ist es für uns von Wichtigkeit, einer Dame, die mit dem Schnellzug gekommen ist und sofort weiter reist, eine Handtasche zu übergeben.“

Wollten Sie das übernehmen? Ich flehe Sie darum an.

Sie werden die Dame leicht herausfinden. Sie trägt ein weißes Mäppchen, und an der Brust ihres lichtgrauen Kleides eine weiße Rose. Die fragliche Tasche wird Ihnen durch den Ueberbringer dieses genau bezeichnet werden, indem er ein Zeitungsblatt darauf legen wird. Ist das geschehen, bemächtigen Sie sich derselben, als wäre sie Ihr Eigentum. Sobald das Zeichen zur Abfahrt gegeben ist, suchen Sie im Gedränge sich der Dame zu nähern und

Die Bewilligungen nach Aufgabe dieses Gesetzes sind aus dem Reichs-Invalidenfonds zu bestreiten. Die für die Jahre 1893/94 und 1894/95 erforderlichen Deckungsmittel dürfen aus dessen Kapitalbeständen bis zum Höchstbetrage von je 1 250 000 M. flüssig gemacht werden.

Der Eintritt der verbindlichen Kraft dieses Gesetzes wird auf den 1. April 1893 festgesetzt. —

**Der Entwurf einer Aenderung des Vergesetzes** ist dem Herrenhause zugegangen. Die Vorlage bezieht sich auf die Verfügungsrechte der Grundeigentümer. —

**Die internationale Sanitätskonferenz** wird am 7. Februar zusammentreten. —

**Zum preussischen Wahlgesetz.** Am Schlusse eines beachtenswerthen Artikels über die Leistungsfähigkeit bei der Einkommensteuer schreibt Heinrich Freiherr v. Zedlitz in den „Grenzboten“ über das preussische Wahlgesetz: „Nicht viele würden ihm ihre Thräne nachweinen, wenn es den Falls bräche über einer Weiterentwicklung des Grundgesetzes, wonach die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen den Maßstab für ihre Heranziehung zur Steuer bilden soll.“ —

**Volkvertretung und Volk.** Als der Kampf um die Militärvorlage entbrannt war, riefen wir den Wählern, sie sollten ihre Abgeordneten scharf überwachen und ihnen kräftig zu Leibe gehen, um jedem servil, opportunistischen Seitenprung vorzubeugen. Leider waren die Wähler nicht überall so klug, diesen Rath zu beachten. In vielen Wahlkreisen, namentlich in solchen, wo Antisemiten und National-liberale kandidirten, ließen die Wähler sich durch heuchlerische und doppeldeutige Redensarten und jesuitische Versprechungen täuschen. Und so kam dann die Militärvorlage zu stande mit Hilfe der zweifelhafte Demagogen, die ihr Mandat nur dadurch erschlitten hatten, daß sie die Wähler in den Glauben versetzten, sie würden gegen die Vorlage stimmen.

Gegenwärtig handelt es sich nun darum, die Kosten der Militärvorlage dem arbeitenden Volke aufzuhalsen und die armen Reichthümer für sorglich aus der Steuer-Schuldnisse zu entfernen. Für den Augenblick erscheint dieses Bestreben allerdings hoffnungslos — die übermächtige Mehrheit des Reichstags verhält sich ja entschieden ablehnend. Es könnte den Wählern aber sehr schlecht bekommen, wenn sie sich hierauf verlassen, und die Hände nun in den Schooß legen wollten. Die Abgeordneten, die ihre Versprechungen bezüglich der Militärvorlage gebrochen haben, sind auch fähig, ihr Wort in der Steuerfrage zu brechen. Mancher der Abgeordneten, der in den jüngsten Debatten sich gegen die Steuerlasten erklärte, that es nur aus Angst vor seinen Wählern. Sihen die Wähler ihm nicht auf dem Nacken, dann wird diese Angst rasch verrathen und eine Majorität sich für die Steuervorlagen ebenso gut finden, wie weiland für die Militärvorlage. Man täusche sich nicht. Die große Mehrheit des Reichstages gehört der besitzenden Klasse an und ist den Steuervorlagen, die ja sie nicht drücken, nicht minder sympathisch als weiland der Militärvorlage, deren Annahme im politischen Interesse der besitzenden Klasse lag. Der Widerstand gegen die Militärvorlage war eitel Heuchelei und Angst vor den Wählern. Am Anfang einer fünfjährigen Legislaturperiode konnte man es wagen den Wählern ein Schnippen zu schlagen; und so fand sich denn die nöthige Majorität. Mit den Steuervorlagen wird es ähnlich ergehen, wenn die Wähler nicht auf der Hut sind. Sie dürfen sich nicht mit elastischen doppeldeutigen Redensarten abspülen lassen. Günstig den Wählern ist die Möglichkeit, wenn auch nicht Wahrscheinlichkeit einer Reichstags-Auflösung. Erfolgt sie, so haben die Wähler dafür zu sorgen, daß alle, die in der Militärvorlage ihr Wort gebrochen, zunächst das ganze Antisemitenvolk, beseitigt, und nur für solche Männer gestimmt wird, die ehrlich Farbe bekennen und deren Wort etwas werth ist.

In jedem Fall, ob Auflösung oder nicht, hängt das Schicksal der Steuervorlagen von den Wählern ab, die sich ihrer Abgeordneten versichern müssen, wenn sie nicht verrathen sein wollen. —

**Ueber die gestrigen Polizei-Tumulte** herrscht in allen Volksschichten eine wachsende Erregung. Jeder fühlt sich bedroht. Es ist ähnlich wie nach der Lück-Schießerei — Niemand fühlt sich mehr auf der Strafe sicher. Was am 18. Januar 1894 zweitausend Arbeitslose geschah — Männern, die durch ihr Unglück doppelte Rücksichtnahme und doppelten Respekt einflößen mußten, das kann jedem Bürger geschehen.

flüstern Sie ihr den Namen „Sonja“ zu. Eine willige Hand wird sich Ihnen entgegen strecken, um die Tasche in Empfang zu nehmen. Geben Sie sie ihr, damit ist Ihre Mission zu Ende. Es rechnen auf Ihre Güte und Ihren Muth Ihre Freunde.“

Lene hob den Kopf. Der Rebel war von ihren Augen gewichen, die Lähmung von ihren Muskeln. Sie athmete tiefer und freier.

Ein neuer Impuls war ihrem Willen gegeben und ihr junges Herz schlug höher bei dem Gedanken, daß es in ihrer Macht lag, anderen Hilfe zu bringen, im Augenblick einer Gefahr.

Der Zeitungsverkäufer, der ein erprobter Genosse war, kam wieder an ihr vorbei und sie tauschte mit ihm einen klaren Blick des Einverständnisses.

Und nun vollzog sich alles in der angegebenen Weise. Als sie ihre Hand auf die Tasche legte, glitt ein Lächeln der Freude und des Triumphes über das junge, verweinte Gesicht.

Sie ließ sich neben derselben auf die freistehende Bank nieder und blickte aufmerksam um sich, um diejenige zu suchen, der sie sie übergeben sollte.

Der Saal war in diesem Augenblicke vollgepfropft, das Zeichen zur Abfahrt mußte schon in den nächsten Minuten erfolgen.

Helene spähte nach der weißen Mähe umher und hatte sie bald gefunden.

Ihre Trägerin kam eben herangeschritten.

Es war eine große schlanke Gestalt von freier und edler Haltung.

Sie trug einen seidnen, lichtgrauen Paletot und eine weiße Rose am Busen.

Es konnte nicht leicht ein Irrthum sein. Sie erschrak, als sie sie jetzt direkt auf Lazar zukommen sah.

Das konnte Alles verrathen und Alles in Frage stellen. Da tauchte Konrad auf, den sie bisher nicht bemerkt hatte und vertrat der Dame den Weg. Hatte er ihr ein

Zeichen gegeben?

Wenn solches ungekräft im Mittelpunkt des Kultur- und Rechtsstaats Preußen verübt werden darf, dann ist für Preußen das Wort Kultur und Recht zu einem Hohn geworden.

In jedem Fall sind die Vorkommnisse des gestrigen Tages so kompromittirend für unser Staatswesen, daß die Regierung es dem öffentlichen Rechtsgefühl nicht bloß sondern auch sich selbst schuldig ist, die strengste Bestrafung der Schuldigen zu veranlassen.

Und hier stehen wir nun vor der Frage: wer sind die Schuldigen? haben die Polizisten, welche gestern unschuldige Bürger mißhandelten, auf eigene Faust gehandelt, oder auf Befehl?

Wenn letzteres: wer hat den Befehl gegeben? Untergeordnete oder höhere Beamte? Haben sich politische Strebungen und Ziele in die Aktion der Polizei gemischt?

Bestand, wie bei den Februar-Krawallen vor zwei Jahren, in gewissen Kreisen die Absicht im Interesse der Reaktion einen Straßenlampf zu veranstalten?

Die Thatsache, daß in militärischen Kreisen vor der Versammlung am Friedrichshain die Meinung verbreitet war, es drohten ernste Unruhestörungen, läßt auf weitreichende Pläne schließen. Und unser Verdacht wird gestärkt und bestätigt durch die Telegramme, in denen die Vorkommnisse von Berlin nach auswärts gemeldet wurden. So ward z. B. dem „Leipziger Tageblatt“ telegraphirt:

Berlin, 18. Januar. Eine Arbeitslosen-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain, die von etwa 2000 Mann besucht war, wurde um 11 Uhr geschlossen, der Einberufer vorher verhaftet. Die Menge saßte im Friedrichshain und in dessen Umgebung Posten. Ein hartes Polizei-Ausgebot zerstreute sie mit der Klinge.

Wer dies liest, muß denken, ein Aufstandsversuch sei durch die Energie der Polizei verhindert worden. Verräth diese Fassung nicht die Gedanken und Wünsche des Urhebers? Und wer die Urheber dieser Telegramme, und wessen Agenten sie sind, das weiß man. —

Der „Reichs-Anzeiger“ von heute Abend hüllt sich in Schweigen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint, „ein amtlicher Bericht über die Vorfälle werde wohl nicht ausbleiben.“

Ein „amtlicher Bericht“ genügt nicht.

Die „National-Zeitung“ stellt „eine genaue Untersuchung“ in Aussicht und sagt: Der Zusammenstoß der Polizei mit den Arbeitslosen soll durch vorzeitiges Eingreifen der Beamten veranlaßt worden sein.

Nun ist zwar die „National-Zeitung“ von einem Mitglied der Regierung wiederholt zu offiziellen Mittheilungen benutzt worden, allein einen autoritativen Charakter trägt diese Mittheilung nicht, und da die offiziell-offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine sehr verschwommene, auch sonst ungenügende Erklärung abgibt, und das amtliche Organ schweigt, so müssen wir die Forderung einer vor nicht zurückweichenden, Niemand schonenden Untersuchung und un-nachlässiglichen Bestrafung der Schuldigen aufs nachdrücklichste wiederholen. —

Wir theilen nun einige Pressstimmen mit. Die erwähnte Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lautet vollständig:

Ueber die Vorgänge nach der gestrigen Versammlung der Arbeitslosen berichten das „Kleine Journal“ und der „Vorwärts“, daß es in den Straßen um den Friedrichshain und in der Reiten Alnigstraße zu hartem Zusammentreffen zwischen der Polizei und den Arbeitslosen gekommen sei. Ein amtlicher Bericht über diese Vorfälle wird wohl nicht ausbleiben. —

**Die in Aussicht genommene Agitation für das allgemeine Wahlrecht** zum preussischen Landtage soll nach der „Kölnischen Volks-Zeitung“ der sozialdemokratischen Parteileitung auch schon deshalb nicht unwillkommen sein, als durch dieselbe zugleich die Aufmerksamkeit von gewissen Strömungen in der Partei, es sei nur an die Gewerkschaftsfrage erinnert, abgelenkt wird. Was die neunmal Gescheitden am Rheine alles wissen. Vielleicht erinnern sie sich noch daran, daß die Frage der Landtagswahl-Agitation vorher angeregt war, bevor die „Gewerkschaftsfrage“, die übrigens niemals in der Form, wie das Blatt annimmt, existirte, ins Rollen gekommen war. —

**Die Reichskommission für Arbeiterstatistik.** Das

Sie hatte eine kleine Wendung, von Lazar hinweg vollzogen und vor dem Spiegel Halt gemacht.

Jetzt erst konnte Helene, die dem Spiegel gegenüber saß, sie durch denselben genauer betrachten.

Sie hatte ein hübsches und kluges Gesicht mit lichtem Teint und lichtem Haar, ein mattes Blau, und auch die Augen waren licht, groß und ruhig.

Der dunkle Bogen, der sie überspannte und die schwarzen Wimpern verliehen diesem hellen Gesichte einen schärferen Zug, zu dem der fein geschwungene Mund vortrefflich paßte.

Dieser Mund schien zu lächeln. Niemand konnte das nervöse Zittern in den tiefgezogenen Winkeln bemerken, auch Lazar nicht, obgleich er dicht hinter ihr stand und unverwandelt, mit bewundernden Augen das Spiegelbild betrachtete.

Es war anziehend genug, um dies begreiflich finden zu lassen.

Viele der im Saale Befindlichen hatten dem schönen Weibe nachgesehen und mehr als Einer beobachtete, gleich ihm, jede ihrer Bewegungen. Sie hatte das weiße Kleidsame Mäppchen vom Kopfe genommen und als sie es auf die Konsole vor dem Spiegel legte, klopfte sie mit dem Knöchel zwei Mal rasch auf die Holzplatte.

Lazar erkannte das Meldezeichen und lauschte mit geschärften Sinnen auf eine weitere Kundgebung.

Nach und nach mit der unbefangenen Miene von der Welt begann sie jetzt vor dem Spiegel ihr Haar zu ordnen. Sie zog die großen Schildpattnadeln heraus und legte eine nach der anderen auf die Konsole, und jedes Mal berührte ihr Knöchel in rhythmischer Folge in bald kürzer, bald länger auseinander gehaltenen Schlägen das Holz.

Lazar geliebtes Ohr zählte und buchstabirte ein Wort heraus: „Beobachtet?“

Ein kaum merkbares Nicken seines Kopfes gab dem Spiegelbilde die Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

Regulatio für die Errichtung einer Kommission für Arbeiter-  
tatistik vom 1. April 1892 hat eine Abänderung dahin er-  
fahren, daß 1. im § 2 die Zahl der Mitglieder der Kom-  
mission von 12 auf 14 erhöht worden ist, von denen 6 vom  
Bundesrat und 7 vom Reichstag zu erwählen sind, und  
daß 2. dementsprechend im § 8 die Befähigung der  
Kommission statt von der Anwesenheit von mindestens  
7 Mitgliedern von der Anwesenheit von mindestens 8 Mit-  
gliedern abhängig gemacht worden ist. Eine Abschrift des  
Regulativs in der abgeänderten Fassung ist dem Reichstag  
zugegangen, der nunmehr die Wahl der 7 Mitglieder vor-  
zunehmen hat.

Ein Fortschritt bedeutet diese Änderung nicht, da  
nun statt eines Konservativen zwei Konservative in die  
Kommission gewählt werden dürften, wodurch die Aufgaben  
dieser Körperschaft sicherlich keine Förderung erfahren  
werden.

**Entmündigungsverfahren.** Die Fälle Morris de  
Ronge, Boasch, Sternberg u. haben die Aufmerksamkeit der  
öffentlichen Meinung auf das Entmündigungsverfahren ge-  
lenkt. Dem preussischen Herrenhaus ging seitens des  
Staatsrats a. D. Dr. med. Sternberg und dessen Ehefrau  
eine „Beschwerde über Einleitung des Entmündigungsver-  
fahrens unter mehrfachen Rechtsverletzungen“ zu. Der  
Beschluss des Herrenhauses als Material, die Petition der  
königlichen Staatsregierung ging Material für eine im Sinne  
eines wirksameren Schutzes, als das freie Ermessen des  
Richters und die Gutachten der von ihm oder von der  
Polizeibehörde beauftragten Sachverständigen, dadurch, daß  
hierzbei nicht juristische und medizinische, sondern lediglich  
die praktischen Gesichtspunkte der erwiesenen Hilflosigkeit  
oder Gefährlichkeit ausschlaggebend sein dürfen, zu veran-  
lassende Reform des Errenwesens zu überweisen.“  
Die Antwort der Regierung lautet: „Es sind  
statistische Erhebungen über die Ergeb-  
nisse des Entmündigungsverfahrens an-  
geordnet und gutachtliche Aeusserungen über die Um-  
gestaltung des Verfahrens erfordert. Die Reform des  
Errenrechts bildet den Gegenstand besonderer  
Erwägung. Die schon vor Fassung des neubestehenden  
Beschlusses eingeleiteten Verhandlungen zur Abänderung  
der bestehenden Vorschriften über die Aufnahme von Geistes-  
kranken in Privats-Heilanstalten und die Beaufsichtigung  
der letzteren sind noch nicht zum Abschluß gelangt.“

**Aus der bayerischen Kammer der Abgeordneten.**  
Aus München wird telegraphiert:

Der Zentrumsantrag gegen die Herabsetzung der  
Getreide-Schuldzölle bei dem eventuellen Abschluß  
des russischen Handelsvertrages sowie gegen die Auf-  
hebung des Identitätsnachweises wurde angenommen. Der  
Minister des Innern, Freiherr von Helldorf, erklärte, die  
bayerische Regierung werde einen eventuellen Antrag im  
Bundesrat hinsichtlich des Identitätsnachweises sorgfältigst  
prüfen mit Bezug auf die Interessen Bayerns.

Die alten Parteien im bayerischen Landtag wollen  
gegen die unbehaglichen Sozialdemokraten, denen sie nicht  
mit Gründen bekommen können, die Redegewalt in An-  
wendung bringen, um sie mundtot zu machen. Dem Ver-  
nehmen nach ist eine Art Verabredung zwischen den beiden  
Parteien des Landtages getroffen worden, die  
Debatten fortan durch Schlusssätze abzukürzen. Das Ab-  
schreiben der Generaldebatte über die Versicherungsgesetze  
am Dienstag war bereits ein erster Versuch, dieses famose  
Abkommen in die Praxis zu übersetzen. Unsere Genossen  
in der bayerischen Kammer werden den Herren ihre lungen-  
schonende Absicht schon zu verfallen wissen.

Im Lande des Papageno-Landtags ist die Ver-  
kommenheit der kapitalistischen Ordnungsgesellschaft zu  
klassischem und kräftigem Ausdruck gelangt. Das „ge-  
müthliche“ Sachsen mit seinem gutherzigen, gefälligen,  
gebildeten Volk ist gerade durch den Gegenatz, auch die  
Primath des rohsten, beschränktesten und hassenherzigsten  
Reaktionstreibens geworden. Daß die Vertreter der  
herrschenden Klasse sich zu schwach erklären, einem Sozial-  
demokrat Rede zu stehen und sich freiwillig ein Schloß vor  
den Mund legen, das ist noch niemals dagewesen. Und  
noch niemals ist es dagewesen, daß die Ordnungssäulen  
von 42 Gemeinden in der Nähe der Landeshauptstadt, also  
des Zivilisations-Mittelpunkts, jammernd und heulend  
an den Landtag gehen und ihn um Schutz gegen die immer  
zögerlicher werdende Sozialdemokratie anwinkeln. Dabei  
haben die tapferen Männer nicht einmal die Courage, zu  
sagen, es seien die Sozialdemokraten, vor denen  
sie so heftige Angst haben. Sie plärren:

Bei Beginn der Dunkelheit durchzogen junge Burschen, oft  
in größeren Trupps, die Orte, suchten anständige Leute, ver-  
wundliche Gegner des Anstuszes, anzupöbeln“ und erwiderten  
Worte abwehrender Kritik mit Schimpf- und Drohreden, auch  
wohl mit thätlichen Beleidigungen. Für Frauen, welche auch  
nur auf kurze Strecken Ortsbeile allein passierten, erwachte die  
Gefahr der schwersten Erbreckungen. Trupps, oft zu vielen  
Hundert von Personen, zogen an Sonn- und Festtagen, nach  
vorheriger Aufforderung durch die Presse, von Ort zu Ort,  
revolutionäre Lieder singend, sperrten die Straßen und  
zwingen Entgegenkommende zum Ausweichen auf die Material-  
hanten oder in die Steingruben. In den sogenannten  
Arbeitervereinen verhöhnte man die Polizei-Organen und die  
Staatsbehörden. Soldaten in Uniform fingen und tanzten  
nach revolutionären Melodien. Verzeihen möchten mit  
den Exekutivbeamten die Polizeibehörden und Gemeinde-  
vorstände über die beschriebenen Mißstände und über die  
geringen Handhaben zu deren Unterdrückung.

Und so fort.  
Und das Gewinsel in einem Lande, wo sogar das  
Tragen einer rothen Mütze als „Unzucht“ bestraft werden  
kann, und wo die Polizei mit mehr Eifer und Raffinement  
als in irgend einem anderen Lande Deutschlands und der  
Welt Jagd macht auf die böse Sozialdemokratie.

Und der Flock des Gewinsels?  
Mehr Landgendarmen, d. h. mehr Polizei.  
Der Papageno-Landtag wird den 42 zitternden und  
wackelnden Ordnungssäulen die Bitte gewiß nicht ab-  
schlagen.

Goddam, rief ein englischer General, der in Indien  
einen „großen Sieg“ erfochten hatte, ingrimmig aus:  
wenn das Gefindel mir nicht so feig wäre, dann hätte man  
doch wenigstens etwas Spas von der Sache! —

**Staatsgelder für Zugausgaben der Reichen.** Aus  
Darmstadt wird uns geschrieben: In der Petition einer Anzahl  
eigener Bürger um staatliche Unterstützung des Universitäts-  
Reinstituts, welche in das Budget für die nächsten drei Jahre  
nicht eingestellt ist, gestellte sich noch eine Eingabe von 285 Stu-  
denten an den Großherzog, und wird darin geltend gemacht, daß  
sich die Studierenden, um Reserve-Offiziere zu

werden, im Reiten ausbilden müßten, es würde, wenn das  
Institut eingehe, eine Schädigung der Landwirthe und der  
Veterinär-Mediziner platzgreifen, auch würde weiter durch die  
Zahl der Pferdekundigen eine Hebung der Pferdezucht herbei-  
geführt.

Wenn die Herren Studenten ihre Saufgelage einstellen und  
einen Theil ihres Kneipgeldes zur Unterhaltung des Reinstituts  
verwenden wollten, bräuchten sie sich nicht auf den Vettel im  
Großen zu verlassen, und gerade sie kosten doch dem heftigsten  
Volke Geld genug, denn der Staat fordert für die Universität  
Groschen, damit die Söhne der Reichen studieren können, einen  
Zuschuß für die nächste Finanzperiode von jährlich 554 580 M.,  
das ist gegen die letzten drei Jahre ein Mehr von 73 816 M.  
jährlich.

**Die neue Gemeinde-Ordnung für Elsaß-Loth-  
ringen** theilt, wie offiziös verlautet, das Land in Stadt-  
und Landgemeinden. In den ersteren, den Städten, ist der  
Gemeinderath fortan berechtigt, für den Bürgermeisterposten  
drei Personen vorzuschlagen. Wenn keine dieser drei als  
geeignet befunden wird, so erfolgt die Ernennung ohne  
weiteren Vorschlag durch die Regierung. Die Regierung  
darf anstatt eines Bürgermeisters einen befohlenen Verwalter  
bestellen. Dagegen sind die Befugnisse des Gemeinderaths  
erweitert.

Auch diese neue Maßregel wird das Band zwischen  
Elsaß-Lothringen und dem Reiche nicht fester knüpfen.

**Verbotene Zeitungen in Elsaß-Lothringen.** Die  
amtliche „Lothring-Zeitung“ enthält ein Verzeichniß sämt-  
licher in Elsaß-Lothringen auf Grund des Diktatur-Para-  
graphen verbotenen Zeitungen. Es sind im ganzen 84 und  
darunter nur eine einzige in deutscher Sprache erscheinende,  
ein schweizer Organ unserer Partei. Alle anderen erscheinen  
in Frankreich. Unter diesen haben 11 sozialistische oder  
anarchistische Tendenzen. Der Diktaturparagraph in Elsaß-  
Lothringen ersetzt vollkommen das selbe Sozialistengesetz.  
Die Wirkungen sind die gleichen, wie die Ergebnisse der  
letzten Wahlen zum Reichstage klar bewiesen haben. Damit  
ist aber noch nicht gesagt, daß die Regierung dieselben  
Konsequenzen zieht und das Elsaß-lothringische Ausnahme-  
gesetz abschafft. Uns kann auch dies recht sein.

**Die Parteikonstellation in Ungarn** war bisher  
lediglich durch die staatsrechtliche Auffassung des Verhält-  
nisses zu Oesterreich bedingt. Die Nothwendigkeit der Ein-  
führung der Zivilehe und anderer kirchenpolitischer Re-  
formen scheint einen Umschwung in der Stellung der  
Parteien herbeizuführen. Die äußerste Linke, die an den  
nationalen und staatsrechtlichen Forderungen Kossuth's vom  
Jahre 1848/49 festhält, nähert sich der sogenannten liberalen  
Regierungspartei, während aus dieser immer mehr Mit-  
glieder, so der ehemalige liberale Ministerpräsident Szapary  
und ein Neffe des Grafen Julius Andrássy ausgetreten  
sind. Trotzdem dürften die Forderungen der Regierung,  
die unabweislich einen Fortschritt bedeuten, auf Annahme  
im Parlament rechnen. Das alte Parteigefüge geht wie  
in England, Deutschland, Oesterreich und Belgien auch in  
Ungarn seinem Ende entgegen. Es wird ganz zusammen-  
brechen, wenn dem Parlamente die Beschäftigung mit den  
sozialen Forderungen der Arbeiterklasse durch die Ent-  
wicklung des Kapitalismus aufgezwungen werden wird.

**Die internationale Polizei.** Als nach dem Pariser  
Kammertopf-Wurf das Reptilgeschrei nach internationalen  
Abmachungen gegen den Anarchismus anhub, erklärten wir  
das für eine elende Komödie, und bemerkten, daß die  
Polizei schon jetzt, so weit es sich um Verbrechen und Ver-  
brecher handle, auf das vollkommenste international  
organisiert sei, und daß sie eine mehr als genügende inter-  
nationale Organisation gegenüber dem sogen. anarchischen  
Treiben besitze. Das hat sich seitdem im vollsten Maße  
bestätigt. Spanische Anarchisten wurden in Frankreich ver-  
haftet und — auf Grund der bestehenden Verträge — an  
Spanien ausgeliefert. Und Ähnliches geschah in  
anderen Staaten. Die internationale die „politische  
Polizei“ aller Länder organisiert ist, davon wissen die  
deutschen Sozialdemokraten manch' Liebchen zu singen.  
Heute erfahren wir ein neues Beispiel. Bei der letzten  
„Anarchistenjagd“ in Frankreich, die aber nicht den  
„Anarchisten“, sondern den Feinden der fran-  
zösischen und anderer Regierungen galt,  
wurde bei russischen und sonstigen Flüchtlingen,  
die mit „Anarchisten“ nie etwas zu thun gehabt  
haben, allerhand für verschiedene auswärtige Regierungen,  
namentlich die russische, interessantes  
Material vorgefunden. Dieses Material ist den  
betreffenden Regierungen von der fran-  
zösischen Regierung mitgetheilt worden.  
Daß der russischen Regierung zugestellte Material soll den  
Jaz so erschreckt haben, daß er sofort alle großen Festlich-  
keiten, die am russischen Neujahrstag (18. Januar) abge-  
halten zu werden pflegen, abkommandirte, was bekanntlich  
zu den abenteuerlichsten Gerüchten Anlaß gab. Man spricht  
sogar von einem Attentat. Auch deutsche Arbeiter,  
die dem „Anarchismus“ stets ferne geblieben sind, befinden  
sich unter den Opfern jenes abscheulichen Polizeiraubzugs.  
Ob die Liebesdienste der französischen Polizei sich auch auf  
die deutsche Regierung ausgedehnt haben, wissen wir nicht.  
Daß russisch-französische Bündniß hat jedenfalls  
die polizeiliche Weihe empfangen.

**Die Schutzzöllner** haben in der französischen Kammer  
noch die Oberhand, wie die letzten Wahlen zur Voll-  
kommission bewiesen. Von 33 Mitgliedern derselben sind  
blos fünf Freihändler, alle anderen sind Schutzzöllner und  
Anhänger der gegenwärtig gültigen Zölle. Mehrere Mit-  
glieder verlangen sogar eine Erhöhung der Getreidezölle.

**Aus Italien** ist heute nur zu berichten, daß das  
Vertuschungssystem Crispi's nicht mehr aufrecht zu er-  
halten ist. Sanitätszüge müssen nach Sizilien gesandt  
werden, mit der Gesellschaft vom rothen Kreuz wird unter-  
handelt. Die Ruhe ist demnach in Sizilien nicht hergestellt,  
es giebt sicherlich Tausende Verwundete und viele Tode.  
Die Wahrheit wird an den Tag kommen.

**Wie die herrschende Klasse Terroristen macht.**  
Man schreibt uns:

Allerorts ziehen Dynamitattentate die Aufmerksamkeit auf  
sich. Es ist sicher, daß die regierende Klasse, wenn sie nicht die  
unmittelbar schuldige ist, doch jedesmal die mittelbar schuldige  
ist. Ein treffender Beleg für diese Wahrheit bietet eine Episode  
aus der holländischen Arbeiterbewegung.

Im Bildt, einem sehr fruchtbaren Landstrich der nieder-  
ländischen Provinz Friesland, sind vor kurzem innerhalb einer  
Woche drei Brände von großen Bauernanwesen vorgekommen.  
Aus sicheren Anzeichen ergibt sich, daß die Böse von böswilliger  
Hand angezündet worden sind. Bis jetzt hat man jedoch die

Thäter nicht auffindig machen können. Man ist allgemein der  
Ueberzeugung, daß hier „Kacheakte“ der Arbeiter vorliegen. —  
Besser würde man sich ausdrücken, wenn man von Thätern der  
Verzweiflung spräche. — Die Geschichte der Arbeiterbewegung  
in diesem Landstrich erklärt alles; wir wollen sie daher  
ein bißchen näher in Kugenschein nehmen; auch deswegen, weil  
sie lehrreich ist, höchst lehrreich in mehr als einer Hinsicht. Sie  
lehrt uns erstens die wahren Terroristen kennen und zweitens  
beweist sie klipp und klar, daß wir mit der gewerkschaftlichen  
Aktion allein nie und nimmer unser Ziel erreichen.

Im Jahre 1889 war die Lage der Bildt'schen Landarbeiter  
die denkbar schlechteste. Frauen- und Kinderarbeit, ein Schmitz-  
system mit gezwungener (verpflichteter) Lohndienstleistung, hatte  
die Noth und Unterdrückung auf die Spitze getrieben. Von den  
2000 Familien mußten beinahe 1400 von 300 Gulden im Jahre  
leben. Die Arbeiter, die sich ihrer traurigen Lage völlig bewußt  
waren, suchten nun ihr Heil in der Vereinigung. Es entstand  
eine kräftige Bewegung, die bessere Löhne, Abschaffung des  
Schmitzsystems, der Frauen- und Kinderarbeit und anderer Miß-  
bräuche bezweckte. Auch die Frauen beteiligten sich eifrigst an  
dieser Bewegung. 1890 schloß sich der Arbeiterverein der sozial-  
demokratischen Partei an.

Zur Erreichung ihrer durchaus nicht übertriebenen Forderungen  
verliefen die Arbeiter, mit den Bauern zu unterhandeln; allein,  
an deren Egoismus scheiterte der erste Versuch, so daß die Ar-  
beiter jetzt ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen waren und be-  
schlossen, auf eigene Faust zu handeln. Die erste That war, daß  
die meisten verheiratheten Frauen beschloßen, nicht mehr auf dem  
Lande zu arbeiten, und daß man auch die Kinder unter  
12 Jahren vom Felde zurückhielt. Eine Lohnerhöhung für die  
Männer ward dadurch unbedingt notwendig, und die organi-  
sirten Arbeiter forderten jetzt eine Lohnerhöhung von 9 auch  
12 Cents die Stunde (10 Cents = 17 Pfennige). Fürwahr, ein  
Hungerlohn, wenn man bedenkt, daß es durchaus nicht das  
ganze Jahr hindurch Arbeit giebt. — Nach einer kurzen Arbeits-  
einstellung, die einen friedlichen Verlauf nahm, blieben die Ar-  
beiter Sieger.

Sie verdankten diesen Erfolg hauptsächlich dem Umstande,  
daß der Zeitpunkt gut gewählt war und die Bauern durchaus  
nicht auf einen solchen Angriff von gut organisierten Arbeitern  
vorbereitet waren. Von nun an aber waren die letzteren darauf  
bedacht, den Arbeitern ein solches Mal auch organisiert ent-  
gegenzutreten, und dies gelang ihnen nur zu gut.

Als im August 1890 wieder eine Arbeitseinstellung ausbrach,  
wobei die Hauptforderung war, daß alle Arbeiter beschäftigt  
werden sollten, sondern die Arbeiter Pächter und Landbesitzer trenn  
vereint auf den Kampfplatz.

Die Arbeiter waren erst naiv genug, zu glauben, daß die  
Großgrundbesitzer vermittelnd eintreten würden; die Enttäuschung  
solte bitter sein. Das erste, was die Großgrundbesitzer veran-  
laßte, war, daß das Land mit Militär und Gen-  
darmarie überschwemmt wurde. Das zweite, was sie leisteten,  
wirkte ein großes Schlaglicht auf die Verhältnisse der kapitalistischen  
Gesellschaft. Sie beschloßen, lieber die Frucht auf dem Felde  
verfaulen zu lassen, als zu dulden, daß die Forderungen der  
Arbeiter bewilligt würden; und sie legten ein Kapital zusammen,  
das den Bauern den eventuellen Nachtheil ersparen würde. — Es  
ist selbstverständlich, daß die Arbeiter diesem Bündniß nicht gewachsen  
waren. Trotz allen Heldenthums wurde die Schlacht verloren.  
Jetzt blieb den Bauern noch übrig, den Arbeiterverein völlig zu  
sprengen. Und auch dieses gelang, trotzdem die Verfassung das  
Vereinsrecht gewährt. Die Arbeiter wohnten in den Wohnungen  
der Bauern. Diejenigen, die sich nicht vom Verein lossagten,  
wurden im Monat Februar bei der größten Kälte mit Frau und  
Kind an die Luft gesetzt.

Die armen geheuten Proletarier hatten keine Vertretung im  
Parlament, die Protest erhob gegen diesen Angriff der Besten  
auf die Verfassung. In diesem rein gewerkschaftlichen Kampfe  
haben sich die Arbeiter den Kopf eingerannt an der harten  
Mauer der kapitalistischen Zwingsburg. Wo eine zielbewusste  
sozialistische Arbeiterklasse bestehen könnte, findet man jetzt eine  
verzweifelte Masse.

Wenn aber in der Nacht der Schreckensruf: „Feuer!“ sich  
durch das Dorf verbreitet, und der Himmel sich roth färbt von  
den Flammen, die vom brennenden Hofe aufsteigen, so mögen  
die Bauern, anstatt den Thätern zu suchen, die Augen nieder-  
schlagen und seufzen: mea culpa, es ist meine eigene  
Schuld.

**Nächsten Montag Vormittag finden in Berlin  
fünf Arbeitslosen-Versammlungen statt, in denen die  
fünf Berliner Reichstags-Abgeordneten referiren  
werden.**

**Briefkasten der Redaktion.**  
Sprechstunde der Redaktion.

Alle unsere Leser, die uns in der Sprechstunde zu Rathe  
ziehen wollen, werden im eigenen Interesse und im Interesse  
unserer spärlich zugemessenen Zeit dringend gebeten, alle Schrift-  
stücke auf ihre Angelegenheit gleich beim ersten Besuch mit-  
zubringen.

Desgleichen bitten wir die Leser, welche brieflich eine im  
Briefkasten zu beantwortende Frage einreichen, stets eine Chiffre  
anzugeben, unter der sie ihre Frage beantwortet zu wissen  
wünschen.

Zum Schluß machen wir darauf aufmerksam, daß sich in  
vielen Fällen die brieflich gestellten Fragen nicht von einem Tag  
zum andern beantworten lassen. Unsere Leser werden daher in  
solchen Fällen um Geduld gebeten.

**R. R., Berlin.** Sie wundern sich, daß wir eine Antwort  
auf die Gegenkritik des Genossen Knorr, die in der Parteipresse  
veröffentlicht wurde, nicht gebracht haben. Eine solche Entgegnung  
war geschrieben, als der Knorr'sche Katchismus konfuzirt war,  
wir glaubten deshalb auf den Abdruck der Entgegnung verzichten  
zu sollen.

**Hartmann.** Ihr Eingekandt eignet sich weit besser für die  
„Magdeburger Volksstimme“.

**R. F. 20.** 1. Beschweren Sie sich schriftlich beim Herrn  
Präsidenten des Landgerichts I hier, Lindenstr. 89. Die Anklage  
über die Privatklage sind innerhalb drei Monaten einzureichen.  
Wenn Sie fürchten, daß die Frist vor Erledigung des Schieds-  
mannverfahrens abläuft, so stellen Sie einstweilen Strafantrag  
beim Staatsanwalt des Landgerichts I.

**Esje.** Wir können derartige Bekanntmachungen aus leicht  
begrifflichen Gründen nicht aufnehmen.

**S. V., Preußenstr.** Sie haben recht, es handelt sich um  
das Kostgeld für die bei Bürgern einquartirten Soldaten. Das  
die Kasernenlohn diesen „hohen“ Werth nicht erreicht, wissen Sie  
ja selbst empfinden zu haben.

**Schönhäuser Allee. R. D. 100.** Da die Aeusserung  
nicht ein Ausdruck der Mißachtung gegen den Kaiser, sondern  
der Mißbilligung über die Provocation des betreffenden Patrioten  
ist, vermögen wir eine Majestätsbeleidigung nicht darin zu er-  
blicken. Wenn aber doch Verurtheilung eintritt, so wird eine  
Gefängnißstrafe von mindestens 2 Monaten erlaunt.

**Wilhelm Schulz, Winterfeldstr.** Möglicher Weise sind  
die Zeugengebühren von beiden Terminen Ihnen auferlegt. Dann  
erheben Sie Beschwerde an das Amtsgericht, vielleicht erreichen  
Sie, daß die Gebühren für den ersten durch Schuld des Schöffen  
verreitelten Termin abgesetzt werden. Die Gerichtskosten und  
Schreibgebühren sind richtig.

**S. R. 40.** Er ist nicht verpflichtet, Sie anzunehmen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, den 20. Januar. Opernhaus. Théâtre paré, Der Freischütz. Schauspielhaus. Maria Stuart. Lesung-Theater. Madame Sans-Gêne. Deutsches Theater. Faust. Berliner Theater. Aus eigenem Recht. Wallner-Theater. Geschlossen. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Lieutenant zur See. Residenz-Theater. Der Mustergatte. Neues Theater. Gläubiger. Plattenfuch. Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1898. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz-Theater. Die lustigen Weiber von Berlin. Nachher: Bajazzi. National-Theater. Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante. American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshof-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 182.  
Doppeltvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Novitäten! Novitäten!  
**Charley's Tante.**  
Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.  
Regie: Max Samst.  
Musik von Adolph Wiedede.  
Vorher: Der Teufel in Berlin.

**Der Teufel in Berlin.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Brudens. Musik von A. Wiedede. Regie: Max Samst.  
Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag Nachmittags 3 Uhr Volks-Vorstellung: Kabale und Liebe.

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstraße 30.  
Ein toller Einfall.  
Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Hierauf zum **Berlin 1893.**  
28. Male: Revue in 2 Akten von L. Leipziger. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr, der Revue 9 1/4 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**„Sanssouci“**,  
Kottbuserstr. 4a.  
Sonntag, den 21. Januar 1894:  
**Stettiner Sänger**  
Anfang 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
3. Schluss neu:  
**Eine Soiree bei Lehmann's.**  
Montag: Viktoria-Brauerei.  
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
Kommandantenstr. 77-79.  
Welt u. größt. Etablissement Berl.  
Neues Programm.  
Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.  
**National-Konzert D. Obenlander**  
in National-Tracht und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.**  
Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung verlost wird.  
Sonntag Auf. 5 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Charley's Tante.**  
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.  
Vorher:  
**Die Bajazzi.**  
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth.  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
Dresdener-Straße 55.  
**Lumpensusanne**  
oder:  
**Die Obdachlosen von Berlin.**  
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.  
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprüftes Mädchen  
Franziska Häser.

**Die Bombe**, Afterspermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“  
Josephine Dolérisseur.  
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit  
Martin Bendix.  
Täglich: Auftreten des besten Baugredners d. Jetztzeit  
**H. Blank.**  
Ferner u. a.:  
„Direktor Hippe“ von Martin Bendix.  
Mittw. jänmtl. Spezialitäten.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Etablissement Buggenhagen.**  
Mory-Play. Mory-Play.  
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Küchenschank von Vahrenhofer Lagerbier, hell und dunkel.  
In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entrée 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entrée 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.  
Heute! Heute! Heute!  
**Ein Stiergefecht in Cadix.**  
Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theater-Perfonal.  
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entrée Wochentags 50 Pf.

**Passage-Panopticum.**  
Der Deutsche Mann mit dem Steintopf.  
Ohne Extra-Entrée.  
Entrée 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Präuser's Museum.**  
Tausende von anatomischen Präparaten. Schaukanal durch fünf Körper.  
**Gladiatoren-Kampf.**  
Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik.  
Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.  
Dienstag und Freitag: Paumentag.

**Circus Renz.**  
(Karlstraße.)  
Sonnabend, den 20. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr:  
**Ein Künstlerfest.**  
Vollständig neue und glänzende Ausstattung und Einlagen. Ueberraschende Licht- und Wassereffekte.  
Außerdem: Der ostpreussische Hengst Blondel. Tablenn von 60 Pferden, dress. und vorgef. vom Dir. Fr. Renz. Das Schulpferd Kandelaber, ger. von Herrn Ernst Renz. Maestoso und der Steiger Alop, geritten von Fr. Oceans Renz. Die Akrobaten aus dem Telephontrakt Zalva, Espana und Alvar. Der musikalische Klowa Herrmann mit seinem Sohn, dem kleinsten Klowa der Welt. Der Handequilibrist Mr. Nelson etc.  
Preis wie gewöhnlich.  
Sonntag: 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei); Gr. Komiker-Vorstellung; Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest.  
Der Circus ist gut geheizt.  
Fr. Renz, Direktor.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Bildhauer  
**Rud. Klausnitz**  
am 18. Januar nach schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 21. d. M., Nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Johannis-friedhof Pögnitz statt. 13106  
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

**Gauverein Berlin. Bildhauer.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 18. d. M. unser lang-jähriges, treues Mitglied, d. Stein-bildhauer [116]  
**Rudolf Klausnitz,**  
nach drohentlichem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, Nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen St. Johannis-Kirchhofes (Pögnitz) aus, statt, und bittet um zahlreiche Beileidigung der Mitglieder bei derselben  
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Onkel, **Friedrich Bender**, am 18. d. Mts. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Mantuffelstr. 11, aus, nach dem Emmaus-friedhof, statt. Um stille Beileid bittet die trauernde Wittwe  
13095  
Luise Bender nebst Kindern.  
Taufgung. 13086  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Arbeiters **August Schulze** sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank.  
Wittwe Schulze nebst Kindern.

**Alcazar.**  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)  
**Großartiges neues Riesens-Programm.**  
Mr. Goswin, Mlle. Bonnè, Troupe Hasson, Die Wunderhunde etc.  
Entrée 15 Pf.  
R. Winkler.

**Circus G. Schumann,**  
Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.  
Sonnabend, den 20. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Brillant-Vorstellung.**  
Besonders hervorzuheben: 12 Rapphengste in 3 Abteilungen, die vier Sonnenstrahlen nach der bekannten Musik Ta-ra-ta-boom-de-ay, Original-Dressur des Herrn Max Schumann. Promenade des fleurs, ger. von Frls. Jeanette und Mathilde Lecusson. Mr. Agumoff als Jongleur zu Pferde. Die Riesenköpfe, höchst kom. Entrée, Paul u. William. Mr. Eugen Lecusson, Jockey. Jushof, arabisch. Fuchshengst, vorgeführt von Herrn Max Schumann. Original-Klowa William Olschansky mit seinen dreifürten Matten und Kagen. Entrée-comique, des beliebten Klowas Little Fred.  
Zum Schluss der Vorstellung:

**Die Fuchsjagd bei Bolton**  
Genre-Bild in 2 Abteilungen. Jagdtheilnehmer 24 Damen und Herren mit englischen Halb- und Vollblutpferden. Ballet-Entrée: La Postillone-Mazurka, arrangirt vom Balletmeister R. Regel. gelangt vom Corps de ballet.  
Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. (Nachmittags 1 Kind frei): Rückzahl. Abends: Fuchsjagd bei Bolton.  
Hochachtungsvoll und ergebent  
G. Schumann, Direktor.

**Noack's Festsäle,**  
Braunenstr. 16.  
Heute, Sonnabend: **Grosser Wiener Maskenball**, arrangirt von Herrn Links und Weiserl. [12986]  
Warnung. 55112  
Ich Entschuldigener warne hiermit Jedermann, meinem Sohne Hermann Finkeldeh zu borgen, indem ich nicht mehr dafür auskomme.  
Friedrichsberg, den 17. Januar 1894.  
Johann Finkeldeh.

**Mitgliederversammlung**  
Sonnabend, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Mantuffelstr. 46.  
Tagesordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Dr. Heymann. 3. Aufstellung der Kandidaten j. Generalversammlung. 12816  
Die Ortsverwaltung.

**Mitgliederversammlung**  
Sonnabend, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Mantuffelstr. 46.  
Tagesordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Dr. Heymann. 3. Aufstellung der Kandidaten j. Generalversammlung. 12816  
Die Ortsverwaltung.

**Mitgliederversammlung**  
Sonnabend, den 20. d. M., Nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Johannis-friedhof Pögnitz statt. 13106  
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

**All. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter**  
(E. D. 29. Filiale Berlin 1.)  
**Berksammlung**  
Sonnabend, den 21. Januar cr., Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Pöppel, Lindenstr. 106.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 2247  
Die Ortsverwaltung.

**Charlottenburger Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer**  
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2)  
Dortliche Verwaltung Charlottenburg.  
Sonnabend, den 21. d. Mts., Vorm. 10 Uhr:  
**General-Versammlung.**  
im Lokale des Herrn Krause, Bismarckstr. 74.  
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. — Um rege Teilnahme ersucht  
371/2  
Der Vorstand.

**Große öffentliche Versammlung**  
**jänmtl. Droschkenkutscher und Arbeiter Berlins und Umgeg.**  
am Sonntag, den 21. d. M., Vorm. 10 Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseestrasse Nr. 103.  
Tagesordnung:  
1. Welche Erfolge haben wir bisher durch den Streik zu verzeichnen, und was ist nach Beendigung desselben zu thun? Referent Genosse Rohrlack. 2. Diskussion.  
Werthe Genossen und Kollegen! Erscheint Alle, Mann für Mann, um uns im Kampfe gegen den Kapitalismus zum Siege zu verhelfen. Ihr Alle wißt, wie schwer er auf uns lastet: nur durch Euer Aller Erscheinen ist es möglich, den Sieg, der nicht mehr fern, zu erringen.  
Mit solidarischem Gruß und Handschlag  
143/8  
Die Agitations-Kommission  
sämtlicher Droschkenkutscher Berlins und Umgegend.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter**  
Berlins und Umgegend.  
Montag, den 22. Januar, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Brauchen-Versammlung der Schrauben- und Facendrehler bei Doberstein, Mariannenstr. 31-32.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hassenbach: Der christlich-soziale Staat der Jesuiten in Paraguay. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Wahl eines Beisitzers zum Vorstande. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Zu dieser Versammlung laden wir die Kollegen der Firmen: Reiche, Brühlerstr. 7; Schal u. Nihl, Dresdenerstr. 88; Revir u. Weisse, Schindlerstr. 8/9; Reichelt, Schmiedstr. 7a; Roll, Louise-Ufer 8, und Lüben u. Wuhse, Köpplerstr. 133, ganz besonders ein.

**Bezirksversammlung für den Norden und Moabit**  
im H. Saale der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Maecher. 2. Diskussion. 3. Die Verhandlung eines Arbeiters bei der Firma Siemens u. Halske. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes. Die Kollegen der Firma Siemens u. Halske werden hierdurch ganz besonders eingeladen.

**Ordentliche General-Versammlung**  
im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.  
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Kommissionen. 3. Wahl eines Kassierers für den nächsten. 4. Beileidigung der vorgeschlagenen Beisitzer. 5. Erfahrungswahl zur Bibliothekskommission. 6. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 5 u. 7 des Statuts. 7. An den Vorstand gelangte Anträge.  
Die Mitgliedskarte legitimirt.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen zu allen Versammlungen ersucht  
Der Vorstand.  
231/6

**Große öffentliche Versammlung**  
aller in der Kürschnerbranche und verw. Betrieben beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
am Sonntag, den 21. Januar 1894, bei Volk, Alte Jakobstr. 75, Abends 5 Uhr.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Delegierten der Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl 2. Bericht des Beisitzers zum Gewerbegericht. 3. Abrechnung der Vertrauensleute vom Jahre 1893 und Neuwahl. Nach der Versammlung findet gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Gäste willkommen. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen  
160/12  
Die Vertrauensleute.

**Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufs-genossen Deutschlands.** (Mitgliedschaft Berlin.)  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, 21. Januar, Vorm. 10 Uhr, in Bühler's Saal (fr. Philipp), Rosenthalerstr. 88.  
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten.  
(380/5)  
Der Vorstand.

**Achtung! Stereotypeure.**  
Alle Mitglieder der „Freien Vereinigung der Stereotypeure und Galvanoplastiker“ werden hierdurch gewarnt, nicht eher Stellung im „Vorwärts“ anzunehmen, bis die Angelegenheit durch den Verein geregelt ist. Alles Nähere am Sonntag, 7 Uhr, in der Versammlung, Markgrafenstr. 87.  
13186 J. A.: Der Vorstand.

**Auf vorstehende Bekanntgabe des Herrn Schimansky als Vorsitzenden der Freien Vereinigung der Stereotypeure etc. erkläre ich, daß Herr Schimansky am Freitag, den 12. d. Mts., seine Stellung gekündigt hat.**  
Wenn Herr Schimansky jetzt nach Entlassung seines Kollegen seine Kündigung ableugnet und sich als ein Opfer hinstellen will, so mag er damit vielleicht einige mit den Vorkommnissen der letzten Zeit nicht Vertraute einfangen, bei der Vertretung des Gesamt-personals und der Geschäftsleitung der Druckerei des „Vorwärts“ hat er sich jedes Anrechts auf Glaubwürdigkeit entäußert.  
Carl Rosen, Faktor.

**Freireligiöse Gemeinde.**  
Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr  
Rosenthalerstraße 88:  
**Vortrag**  
von Hrn. Waldeck-Manasse:  
Der Muth nachzudenken.  
Gäste sind sehr willkommen. [441/5]  
Die Beleidigungen über Frl. Clara Weber nehme hiermit als unvorwürdig zurück. Mag Remnit, Kaufmann.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 19. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Pofadowsky, Dr. Riquel, v. Riedel, v. Mittnacht, Aschenborn. Die erste Lesung der Weinsteuer-Vorlage wird fortgesetzt.

**Abg. Born von Sulach** (Hospitalant der Deutschkonservativen): Der Schatzsekretär führte gestern aus, daß der Wein zur Zeit bloß 57 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung für die Reichskasse erbringt. Wir in Elsaß-Lothringen halten diese Summe gerade für hoch genug. Keine Vorlage hat in den Reichslanden eine so hochgradige Anregung hervorgerufen als diese, und das mit Recht. Es ist nicht bloß die Höhe der Steuer, welche mit 15 pCt. des Wertes auf jeden Wein, dessen Preis 50 M. pro Hektoliter und darüber ist, aufgelegt werden soll, sondern mehr noch die Kontrolle, welche die höchste Unzufriedenheit in ganz Elsaß-Lothringen hervorgerufen hat. Nichts hat so dazu beigetragen, das Brennerereignis in ganz Süddeutschland so außerordentlich unpopulär zu machen, als das System von Kontrollmaßregeln, welches die kleinen Brenner fortwährend verfolgt und sie ruinieren muß. Dasselbe wird beim Wein der Fall sein, wenn diese Weinsteuer Gesetz wird. Die Steuer wird lediglich und ganz allein der Produzent tragen. Die Idee einer einseitigen Schaumweinsteuer scheint mir noch unglücklicher, wenn nicht gleichzeitig der Zollschutz für die einheimische, namentlich für die lothringische Schaumweinproduktion ganz erheblich erhöht wird; durch eine unrichtige Besteuerung würde dieser Zweig unserer nationalen Produktion zu Grunde gerichtet werden. Die Besteuerung des Kunstweins ist eine sehr schwierige Sache. Was ist Kunstwein und wo wird er gemacht? Zunächst müßte der Rosenhandel unter Kontrolle gestellt werden, die Rosen müßten von dem Moment ihrer Einführung bis zur Verwendung zur Kunstwein-Fabrikation immerfort verfolgt werden (Heiterkeit), nur dann würde es gelingen, den Kunstwein ein bißchen zu treffen. Unbegreiflich bleibt es, daß man um eines geringen Gewinnes willen, wie die 15 Millionen sind, die man aus dieser Vorlage ziehen will, ein solches System von unerträglichen Kontrollen einem ganzen Lande zumuten will. *Le jeu ne vaut pas l'enjeu*; führen Sie die Kellerratten nicht wieder in Deutschland ein! (Weißl.)

**Abg. Köpp** (Fr. Vg.) weist auf den großen Rückgang hin, der in der Anbaufläche und den Erträgen des Wein bauenden Abingaus seit 25 Jahren eingetreten ist und fordert die verbündeten Regierungen auf, eingehende Untersuchungen über die Ursachen dieses Rückgangs und über die Mittel zu seiner Abhilfe zu veranstalten. Die Vorlage sei ungefähr das Gegenteil von dem, was man in dieser Beziehung zu erwarten habe. Die Winger verlangen keine Viebesgaben, sie wollen aber auch ihre schwierige Lage und ihre traurigen Verhältnisse durch Regierungsmaßnahmen wie die vorliegende nicht verschlechtert sehen. Der Winger würde allein die Steuer tragen müssen. Die Schädigung des Wingers wäre eine eminente. Redner spricht sich dann ausführlich gegen eine Besteuerung des Schaumweins aus. Die Freisinnige Vereinigung werde die vorgeschlagene Vorlage ablehnen.

**Direktor im Reichsschatzamt Aschenborn**: Man hat gegen die Vorlage eingewendet, die Steuer würde auf die Winger abgewälzt werden und eine Reihe von Erträgen brotlos machen. Wären die Wortwörter berechtigt, so würde der Vorlage der Boden entzogen sein. (Hört! hört! links.) Der ersteren Befürchtung haben auch die Winger in zahlreichen Petitionen an den Reichszentraler Ausdruck gegeben. Von den 343 000 Weinbauern scheiden zunächst diejenigen aus, welche ihr Produkt nicht weiter verkaufen, und dann diejenige Kategorie, welche Weine produziert, die den Hektoliterpreis von 50 Mark nicht erreichen. Beide Kategorien haben also an dem Gesetz kein Interesse; die letztere Kategorie zählt aber nicht weniger als 167 500 von den Trauben-Weinbauern. Im Ganzen haben nur 45 pCt. der Winger ein direktes Interesse an dem Gesetz. Bei der Aufstellung des Entwurfs ist durchweg darauf Bedacht genommen worden, die Steuer so viel wie möglich vom Winger weg zu legen; nur der Winger, der zugleich Weinbändler ist und zwar Kleinbändler, wird direkt zur Erlegung der Steuer herangezogen. Ein Preisdruck des Weines könnte für den Winger nur durch einen Konsumrückgang bewirkt werden; nach den bisherigen Erfahrungen aber kann ein solcher Rückgang als wahrscheinlich angesehen werden; wenigstens ist nach 1879, wo ebenfalls eine Erhöhung des Weinsolles eintrat, ein Rückgang nicht beobachtet worden, wenn man die Voreinfuhr mit in Betracht zieht. Viel beachtenswerter ist der Einwand gegen die Besteuerung nach dem Werte; aber den unbedingten Vorzug hat die prozentuale Wertsteuer, daß sie sich weitläufig am besten den Verkaufsfähigkeiten des Konsumenten anpaßt. Die Kontrollmaßregeln sind wegen ihrer angeblichen Härte hier scharf angegriffen worden; es wird unsere Aufgabe sein, in der Kommission nachzuweisen, daß sie erheblich milder und einfacher sind als die in Baden bereits bestehenden. Die Behauptung, daß die Erhebungskosten ganz erheblich höher sein würden als die Vorlage annimmt, daß sie bis zu Zweidritteln des Ertrags steigen würden, sind unbewiesen und unbegründet. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß die Weinsteuer in Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg schon vorhanden ist, daß die Beamten schon da sind. Die Landessteuern werden sich mit der Reichsweinsteuer kompensieren und den Wein bauenden Staaten gerade Erleichterungen dadurch schaffen, daß ein Teil der Ausgaben, der Erhebungskosten, auf die Reichskasse übernommen wird.

**Abg. Gamp** (Fr.): Wir treten ein für die Erhaltung des Bauernstandes sowohl im Osten wie im Westen. Auch nach den Ausführungen des Bundesratsmitgliedes, wonach die Zahl der direkt durch das Gesetz getroffenen Weinbauern sich sehr reduziert, würden wir der Vorlage nicht zustimmen, wenn sie diese verminderte Zahl wirklich belastete. Aber wie bestreiten, daß dieser Nachweis erbracht ist, wir behaupten vielmehr, daß die Gegner in ihrer Argumentation die Mittel zur Bekämpfung ihrer Stellungnahme geliefert haben. Das Bestreben, direkt vom Produzenten zu kaufen, wird durch die Weinsteuer ganz erheblich gefördert werden, und wenn die Zahl der Käufer derart wächst, muß die Konkurrenz notwendig die Preise steigern. Die Erfahrungen der preussischen Domänenverwaltung, die jetzt auch direkt an Konsumenten verkauft und dabei eine wesentliche Steigerung ihrer Einnahmen erzielt hat, beweisen dies klar. Nicht richtig ist, daß der Kleinbändler nur einen Kredit von 3 Tagen, der Großbändler aber einen solchen von 6 Monaten haben soll. Die Position des Kleinbändlers muß gestärkt werden. Auch die hohen Strafbestimmungen für Übertretungen von Verwaltungsverfügungen oder Verwaltungsanordnungen können wir nicht ganz billigen. Einige meiner Freunde aus dem Westen sind auch der Meinung, daß die Grenze bis auf 70 Mark erhöht werden müßte. Gleichviel ob 50 oder 70 Mark, der Wein als Volksgetränk bleibt steuerfrei. Arbeiter und Handwerker leiden also unter der angeblichen Belastung gar nicht. Daß die Qualität des Weinzeugungs durch dieses Gesetz irrendwie berührt würde, bestreite ich ganz

entschieden. Der Weintrinker sucht sich im Allgemeinen nicht nach dem Preise, sondern nach der Qualität zu richten; geht eine bestimmte Qualität höher, so legt der Trinker eben mehr Geld an. (Lachen links.) Der ungünstige Verlauf der letzten Wein-Auktion hat zwei Ursachen, einmal den günstigen Herbst, die starke Produktion, und daneben Ihre Agitation. (Widerspruch links.) Elsaß-Lothringen baut im großen Ganzen einen Wein, der gar nicht unter das Gesetz fällt, ganz sicher nicht darunter fallen wird, wenn die Wertgrenze auf 70 M. hinaufgesetzt wird. Wegen der Kontrollmaßregeln das Gesetz verwerfen, dazu hätten die süddeutschen Staaten, die eine Weinsteuer und solche Kontrollmaßregeln schon haben, nur dann ein Recht, wenn sie ihre Kontrollmaßregeln aufzuheben im Begriffe wären. Die erhebliche Besteuerung der Kunstweinfabrikation in der Vorlage wird weniger einen großen finanziellen Gewinn bringen, als die Unterdrückung des Kunstweins befördern, und damit haben die Weinproduzenten einen erheblichen Schaden gegen unrettel Konkurrenz erhalten. Ungeheuerer Massen Kunstweine werden produziert und konsumiert. Für den Schaumwein kann man vollends den Begriff des Volksgetränks nicht mobil machen; er ist ein Luxusartikel und würde mit Recht der Steuer unterliegen. Für Luxussteuern haben wir uns doch alle vor unseren Wählern engagiert. Nun wird uns eine solche vorgelegt und die Mehrheit weiß sie zurück! Was wollen Sie denn sonst als Luxusartikel besteuern? (Zwischenruf: Inzeratensteuer!) Für eine Inzeratensteuer bin ich auch, ich halte sie für zweckmäßig; aber damit ist die Sache nicht gemacht. Wollen Sie eine Dienersteuer einführen, eine Equipagensteuer? Beide würden nur wieder dazu führen, zahlreiche Kräfte brotlos zu machen. (Widerspruch links.) Zum Schluß möchte ich entgegen dem Beschluß des sogenannten Senioren-Konvents anheimgeben, für das Gesetz eine besondere Kommission einzusetzen. (Lebhafte Rufe: Nein!)

**Abg. Simonis** (Fr.): Seit 20 Jahren gehöre ich diesem Hause an; niemals ist in dieser Zeit ein Gesetz eingebracht worden, das so den allgemeinen Widerwillen auf sich gezogen hat, wie dieses. Dieser Widerwillen tritt auch lebhaft in den Reihen sämtlicher Redner im Reichstage hervor. Erst heute hat sich ein weiser Nabe gefunden, welcher sich für die Vorlage ausgesprochen hat (Große Heiterkeit links), aber man darf nicht vergessen, daß Herr Gamp derselben Regierung angehört, aus welcher diese Vorlage an uns ergangen ist. Wir können nur den Ruf immer ausstoßen: Keine Kellerratten! Die soziale Tragweite dieser Vorlage ist fast von allen Rednern ganz bei Seite gelassen. Der Staatssekretär spricht von einer Luxussteuer und schilt auf die weichherzigen Seelen, welche dem Wein anders als dem Bier und Branntwein gegenüberstehen; er schilt auf die Agitation des Großkapitals, alles das waren keine Gründe, um das Gesetz bei uns zu empfehlen; ebenso wenig ist dies dem Herrn Aschenborn gelungen, der bloß von denjenigen sprach, die nicht unter das Gesetz fallen werden. Der Wunsch des Herrn Gamp nach schneller Entscheidung wird am besten dadurch erfüllt, daß man dieses unglückliche Gesetz gar nicht erst an eine Kommission verweist. Wie kann es dem Elsass wohl sein im Deutschen Reiche, wenn jedes Zusammen-treten des Reichstags gleichbedeutend sein muß mit neuen Steuern? Dieser Gesichtspunkt muß hier auch einmal scharf hervorgehoben werden. Redner bespricht darauf sehr ausführlich die einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Durch die Zollherabsetzung auf Weine, durch die Handelsverträge sei der italienische und französische Wein ins Land gedrungen und habe dem elssässischen Produkt eine schwere Konkurrenz bereitet. Die Vorlage würde als Gesetz dem elssässischen Weinbau vollends das Grab graben. Der Reichszentraler habe einmal gesagt, man solle sich die Verbündeten warm halten. Das Wort passe auch auf die Elsaß-Lothringer, sie wünschten auch als Verbündete angesehen und nicht schlechter behandelt zu werden als die Herren Italiener. Der Weinbau müsse im Elsaß zurückgehen, wenn diese Steuer der Produktion auferlegt werde. Entsprechend aber werde der Schnapsgehalt in Elsaß-Lothringen zunehmen, das werde der Gewinn aus dieser Gesetzgebung sein.

Nach 5 1/4 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. Vorher Wahl von sieben Mitgliedern zur Reichskommission für Arbeiterstatistik.

## Reaktionärer Fischfang.

Der vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Straf-Prozessordnung bezieht sich auf 100 Paragraphen. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind die folgenden: Die Zuständigkeit der Schwurgerichte wird beschränkt. Eine Reihe von Verbrechen, die in den §§ 153, 154, 155, 176, 268, Nr. 2, 272, 273, 349, 351 des Strafgesetzbuches ausgeführt sind, darunter Mord, sowie betrügerischen Bankrott und Beihilfe zu demselben (§§ 209 und 212 der Konstruktionsordnung), für welche jetzt das Schwurgericht zuständig ist, sollen vor der Strafkammer abgeurteilt werden. Die Strafkammer soll nicht wie bisher aus fünf sondern aus drei Richtern bestehen und das bisherige Verbot (§ 23 Abs. 3 St.-Pr.O.), daß nicht mehr als zwei von denjenigen Richtern, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben als Richter bei dem Hauptverfahren teilnehmen können, soll aufgehoben werden. Bezüglich des Verfahrens vor der Strafkammer, so erfolgt die Verurteilung der Zeugen nicht mehr vor der Vernehmung, sondern nur noch nach Abschluß derselben und darf überhaupt unterbleiben, wenn die Anklage sich nach richterlicher Überzeugung als offenbar unglaubwürdig darstellt.

Die Beweisaufnahme ist nicht wie bisher auf die sämtlichen vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen sowie auf die anderen herbeigeholten Beweismittel zu erstrecken, sondern das Gericht bestimmt den Umfang der Beweisaufnahme. Eine Aussetzung der Hauptverhandlung findet auf Antrag des Angeklagten nicht mehr statt, wenn während der Verhandlung auf Grund der Beweisaufnahme eine Veränderung der Anklage, die den Angeklagten mit einer härteren Strafe bedroht, erfolgt.

bleibt der Angeklagte aus, so kann das Gericht dennoch zur Hauptverhandlung schreiten, sofern es die Anhörung des Angeklagten zur Aufklärung der Sache nicht für erforderlich erachtet.

Eine ganz neue Form des Verfahrens soll gegen Personen geschaffen werden, welche auf trischer That betroffen oder verfolgt oder vorläufig festgenommen werden. Derselben können, wenn sie auch wegen des schwersten Verbrechens festgenommen sind, so lange dasselbe nicht zur Zuständigkeit des Reichsgerichts oder des Schwurgerichts gehört, unmittelbar dem zuständigen Gericht mit dem Antrag auf sofortige Aburteilung vorgeführt werden. Das Gericht hat ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens sofort zur Hauptverhandlung zu schreiten. Die Zeugen werden von der Polizei mündlich geladen und mitgebracht.

Voruntersuchung für Straffamersachen findet nicht mehr auf Antrag des Angeklagten, sondern nur des Staatsanwalts statt. Ebenso wenig erhält der Angeklagte vor der Eröffnung des Hauptverfahrens die Mittheilung der Anklageschrift mit der Aufforderung sich zu erklären, ob er Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens vorbringen wolle. Dagegen ist die Verurteilung der Zeugen im Vorverfahren nicht mehr wie bisher die Ausnahme, sondern die Regel, und kann, wenn sie der Staatsanwalt beantragt, überhaupt nicht unterbleiben. Die Untersuchungshaft ist außer in den bisher bestimmten Fällen auch dann zulässig, wenn Thatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß der Angeklagte seine Freiheit zur Begehung neuer strafbarer Handlungen missbrauchen werde. Die Untersuchungshaft ist erst aufzuheben, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt oder wenn nicht binnen sechs Wochen nach Beginn derselben, bei Übertretungen binnen zwei Wochen, die Klage erhoben wird. Bisher war hierfür 1 Woche Frist gegeben.

Zu den Fällen der nothwendigen Vertheidigung (§ 140 Strafprozessordnung) wird der Vertheidiger dem Angeklagten nicht mehr wie bisher nach der Erhebung der öffentlichen Klage, also auch während der Voruntersuchung, sondern erst nach Eröffnung des Hauptverfahrens bestellt.

Am schurgerichtlichen Verfahren giebt der Vorsitzende den Geschworenen mündlich eine Uebersicht über die Ergebnisse der Verhandlung. Die Vernehmung ohne eine Würdigung der Beweise einzugehen, fällt also fort. Das Urtheil des Vorsitzenden soll vielmehr den Geschworenen vorgelesen werden. Für alle diese die persönliche Freiheit bedrohenden und die Vertheidigung beschränkenden reaktionären Bestimmungen bietet der Entwurf die Verurteilung gegen die Urtheile der Strafkammer in erster Instanz. Die Berufung geht an die Ober-Landesgerichte, deren Senate in der Befugung von fünf Mitgliedern entscheiden. Die Berufung wird jedoch als unzulässig verworfen, wenn dieselben binnen 1 Woche nicht nur eingelegt, sondern auch gerechtfertigt ist. Die in der ersten Instanz vernommenen Zeugen brauchen nicht nochmals vernommen werden, wenn das Gericht die mündliche Vernehmung zur Aufklärung der Sache nicht für erforderlich erachtet.

Es folgen sodann die folgenden Bestimmungen über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

Personen, gegen welche eine im Strafverfahren rechtskräftig erkannte Strafe ganz oder theilweise vollstreckt worden ist, können, wenn sie im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen oder in Anwendung eines milderen Strafgesetzes mit einer geringeren Strafe belegt werden, Ersatz des Vermögensschadens beanspruchen, den sie durch die erfolgte Strafvollstreckung erlitten haben.

Außer dem Verurtheilten können Dritte, denen derselbe nach Vorschrift des bürgerlichen Rechts zur Gewährung von Unterhalt verpflichtet war, insoweit Ersatz fordern, als ihnen durch die Strafvollstreckung der Unterhalt entzogen worden ist.

Die Entschädigung wird aus der Kasse desjenigen Bundesstaates, bei dessen Gericht das Strafverfahren in erster Instanz anhängig war, oder wenn das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, aus der Reichskasse geleistet.

Bis zum Betrage der geleisteten Entschädigung tritt die Kasse in die Rechte ein, welche den Entschädigten gegen Dritte um deswillen zustehen, weil durch deren rechtswidrige Handlungen seine Verurteilung herbeigeführt war.

Damit jedoch der Fall der Entschädigung sich nicht zu oft ereigne, ist die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens, die jetzt schon eine ganz entfernte ist, noch erschwert. (§ 410, Abs. 1, Ziff. 3.) Es ist ersichtlich, daß die Regierung die Verurteilung nicht leichten Kaufs gewähren will. Wir behalten uns die Würdigung der Einzelheiten vor.

## Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission führte heute die Beratungen über die Einführung der Dienstalterszulagen in der Postverwaltung zu Ende. Der Vorschlag, den der Abg. Bebel in voriger Sitzung gemacht hatte, wurde vom Regierungsbüro und von nationalliberaler Seite aus finanziellen Rücksichten bekämpft. Der Referent, Abg. Möller, beantragte eine Resolution, wonach die Einführung des Systems für die mittleren Postbeamten für das nächste Etatsjahr, für die unteren Beamten dagegen baldmöglichst erfolgen soll. Der Abg. Singer vertrat energisch die Ansicht, daß auch die Unterbeamten frei gemacht werden müßten von der Laune und Willkür der Vorgesetzten, welche jetzt die Anfrückung in eine höhere Gehaltsstufe verhindern können. Der Redner schlug vor, die begünstigten drei Etatsartikel zusammenzulegen und dadurch zugleich die lächerlich geringen Anfangsgehälter der Post-Unterbeamten zu beseitigen. Der Staatssekretär Dr. v. Stephan protestirte lebhaft dagegen, daß in seinem Ressort Laune oder Willkür der Vorgesetzten herrsche, es würde einzig nach dem Prinzip der Gerechtigkeit gehandelt. Auch gegen die Meinung, daß die Unterbeamten lächerlich geringe Anfangsgehälter bezügen, erhob der Staatssekretär Widerspruch, indem er meinte, daß eine Vereinbarung der Regierung mit dem Reichstage einer solchen Bezeichnung nicht ausgesetzt sein dürfe. Die Abgg. Singer und Bebel stellten den Antrag, daß die verbündeten Regierungen ersucht werden sollten, zu veranlassen, daß im Etat 1895/96 das System der Dienstalterszulagen für die unteren und mittleren Beamten der Reichspost und Telegraphenverwaltung zur Durchführung gebracht wird.

Diese Resolution wird von Seiten des Zentrums und der konservativen und nationalliberalen Partei als zu weitgehend bezeichnet, dagegen auch von den Rednern dieser Parteien der Wunsch ausgesprochen, die Dienstalterszulagen für die mittleren Postbeamten durch den nächstjährigen Etat einzuführen. Als selbstverständlich wurde von allen Rednern betont, daß durch die Einführung der Alterszulagen keine Schädigung der Beamten eintreten solle. Bei der Abstimmung wurde die Resolution Singer-Bebel gegen 5 Stimmen abgelehnt, die Resolution des Referenten einstimmig angenommen.

Bei der ersten Position der Betriebsverwaltung nahm der Korreferent Abg. Singer Veranlassung, an die Regierung eine Anzahl Fragen über die den Beamten gewährte Sonntagsruhe zu richten. Ueber die eingehende Beantwortung, welche in detaillirter Weise Auskunft gab über das Maß der im Postbetrieb stattfindenden Sonntagsruhe, entspann sich eine Diskussion darüber, ob nicht namentlich die Paketbestellung am Sonntag fortfallen, und die Briefbestellung erheblich eingeschränkt werden kann.

Abg. Bebel vertrat diesen Standpunkt, dem die Redner der konservativen und des Zentrums, sowie der Referent Abg. Möller zustimmten. Gegen letzteren machte Abg. Singer geltend, daß die Nationalliberalen die Sonntagsruhe im Postbetrieb gefördert haben würden, wenn Sie nicht gebissen hätten, die Sonntagsruhe im Handel und der Industrie durch Ausnahmegesetzungen

so zu durchlöchern, daß kaum noch von Sonntagruhe die Rede sein kann.

Die Voraussetzung für Abschaffung des Postbetriebes am Sonntag sei eine streng durchgeführte Sonntagruhe im Handel und Industrie. Mitglieder verschiedener Parteien werden sich für die Plenarberatung zu einer Resolution vereinigen, in welcher der Reichstag seine Ansichten zum Ausdruck bringen, und damit der Postverwaltung Kenntnis von den Wünschen, die er in bezug auf die Sonntagruhe der Postbeamten hat, geben soll.

In der weiteren Beratung wurden die Forderungen der Regierung bis zum Titel 22 bewilligt. Bei diesem Titel erklärte der Vertreter der Postverwaltung auf eine Anfrage Singer's, daß die diätarisch beschäftigten Assistenten durch die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen Rücksicht haben, nach etwa fünfjähriger Beschäftigung fest angestellt zu werden. Eine eingehende Diskussion, bei welcher es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Postverwaltung und den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern kam, entspann sich aus Anlaß einer Interpellation des Abg. Singer. Letzterer brachte die aus „dienstlichen Gründen“ erfolgte Verletzung des Postassistenten Dietrich aus Schillingheim zur Sprache und theilte mit, daß die Verletzung erfolgt sei, weil Dietrich eine Versammlung von Postassistenten zum Zweck der Gründung eines Verbandes einberufen habe.

Der Redner verlangte Auskunft über den vorgetragenen Fall und wünschte zugleich Mittheilung über die Stellung der Postverwaltung zu dem Assistentenverband.

Die Vertreter der Postverwaltung erklärten, daß die Verwaltung keinen Assistenten verleihe, dem Verbands als Mitglied beizutreten, dagegen dulde die Verwaltung nicht, daß in dem Verbands agitirt werde.

Die Abgg. Singer und Bebel wiesen nach, daß diese Auffassung die Thätigkeit des Verbandes vollkommen illusorisch mache und daß ein Verbot der Thätigkeit in dem Verbands dem Verbot des Beitritts gleichkomme. Die Bestrebungen der Postassistenten, sich bessere Lebensbedingungen zu verschaffen, seien durchaus berechtigt, und die Postverwaltung habe weder Anlaß noch Recht, diese Bestrebungen und die im Dienste derselben geübte Thätigkeit der Post-Assistenten zu hindern.

Im weiteren Verlauf der Diskussion, die sich zu einer umfassenden Erörterung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten ausweitete, meinte der Staatssekretär für die Postverwaltung, die Beamten hätten zwar das Recht unzufrieden zu sein, aber sie dürften keine Unzufriedenheit erregen. Als eine Erregung zur Unzufriedenheit aber kennzeichne sich die Thätigkeit und namentlich die agitatorische Wirksamkeit des Assistentenverbandes in vielen Fällen und deshalb müsse die Verwaltung dabei beharren, im gegebenen Falle disziplinarisch einzuschreiten.

Einige Mitglieder des Zentrums traten für die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten ein, obgleich sie den Singer-Bebel'schen Ausführungen gegenüber erhebliche Einschränkungen machten, namentlich betonten, daß die Beamten stets darauf zu halten hätten, daß sie die Disziplin nicht verletzen. Von konservativer Seite wurde der Auffassung der Postverwaltung rückhaltlos zugestimmt. Ueber den von Singer mitgetheilten Fall Dietrich wurden von verschiedenen Seiten die Versehungsgründe zu hören gewünscht, ein Verlangen dem der Herr Staatssekretär dadurch nachkam, daß er aus dem Gedächtnisse mittheilte, daß seiner Erinnerung nach die Verletzung wirklich aus „dienstlichen Gründen“ erfolgt ist und daß die Verletzung, wenn er sich nicht täusche, damit motivirt worden sei, daß der betr. Beamte infolge seiner Thätigkeit für den Verband zur Unzufriedenheit mit seinen dienstlichen Leistungen Veranlassung gegeben habe.

Die Besprechung wurde mit dem Vorbehalt, dieselbe im Plenum weiter zu führen, abgebrochen und der Postetat bis zum Titel 61 erledigt.

Nächste Sitzung Montag Vormittag 10 Uhr.

Die Wahlprüfungs-Kommission beanstandete in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Abgeordneten Bamhoff (4. Hannover) und beschloß, Erhebungen besonders darüber einzufordern, ob auf der Georg-Marienhütte bei Osnabrück die Arbeiter in bezug auf die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis nicht in unzulässiger Weise, von Werkmeistern, Inspektoren etc. terrorisirt wurden. Der Wahlprotest zählt Vorgänge auf, wie sie sonst nur in Dortmund und Bochum landesüblich und Gebrauch sind.

Arbeitsplan des Reichstages. Es besteht die Absicht, nach Beendigung der Weimarer-Debatte, welche wohl erst Sonntag stattfinden dürfte, zunächst einige noch rückständige erste Lesungen von Gesetzesentwürfen vorzunehmen und dann die Finanzreform-Vorlage zur Beratung zu stellen, dann soll der Etat vorgenommen werden.

Dem Abgeordnetenhause ist der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1899, betreffend die Konsolidation preussischer Staatsanleihen, zugegangen.

Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen, nicht staatlichen, mittleren Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen, zugegangen.

## Parteinachrichten.

Parteitag für Bremen und benachbarte Wahlkreise. Der ursprünglich auf den 4. Februar festgesetzte Parteitag ist eingetretener Hindernisse halber auf einige Wochen vertagt. Der Tag der Abhaltung des Parteitages wird später bekannt gegeben.

Die originelle Art, die Sozialdemokratie todzukriegen, welche, wie wir kürzlich meldeten, der Verwaltungsbeamte von Derlinghausen (Eppingen-Schaumburg) angewandt hatte, indem er nämlich den Einberufer einer Versammlung aufforderte, 8 Mark für die Ueberwachung der Versammlung zu entrichten, ist für die Zukunft leider nicht mehr zu gebrauchen. Der betreffende Genosse hatte gegen die lebenswichtige Zustimmung Beschwerde eingelegt und erhielt nun folgendes Antwortschreiben:

Fürstlich Eppingensches Verwaltungsamt  
Schölar.

Auf die Eingabe vom 17. Dezember v. J., Zahlung von 8 Mark Aufsichtgebühren betreffend, wird Ihnen erwidert, daß von der Zahlung derselben Abstand genommen wird.

Schölar, den 8. Januar 1894.

Fürstliches Verwaltungsamt  
geg. Biberit.

Mit dieser „geistigen Waffe“ zur Bekämpfung der Sozialdemokraten wäre es also wieder nichts. — Schade!

Man schreibt uns aus New-York unterm 9. Januar: Der Beschluß der neuorganisirten New-Yorker „Nothstands-Konferenz“, ein Komitee nach Albany zu senden, um auf die Legislatur einen Anweisung von Mitteln zur Vornahme öffentlicher Arbeiten einzuwirken, hat in der letzten Sitzung der „Central Labor Federation“ zu heftigen Debatten geführt, als dort der Antrag zur Ausbringung der nötigen Mittel zur Vorlage gelangte. Verschiedene zur Federation gehörende Organisationen hatten schon vorher über diese Angelegenheit verhandelt und dagegen Stellung genommen, weil bei der Geschichte nichts anderes

herauskommen werde, als daß einige „bordellsichtige“ Delegaten ihre Eigenschaft als Vertrauensleute der organisirten Arbeiter New-Yorks dazu benutzen würden, sich den Politikern als einflußreiche Persönlichkeiten zu rekommandiren und dadurch Anwartschaft auf feste Pöstchen an der Staatskassette zu erhalten. Das ist nämlich bekanntlich das reguläre Resultat bei solchen „Lobby“-Komitees gewesen, welche von den organisirten Arbeitern den besten Geschehnern aus dem Hals geschickt wurden, um sie zu bestimmen, für die Arbeiter günstige Gesetze zu erlassen. Die Befürworter obigen Schrittes führten dagegen an, jene Stellungnahme hiesse das Kind mit dem Bade ausschütten, da es sich in diesem Falle um eine außerordentliche Angelegenheit und auch um keine „Professions-Politik“ im gewöhnlichen Sinne handle, sondern darum, den Arbeitern zu zeigen, daß ihre organisirten Klassen Genossen in dieser schweren Zeit ernstlich gewillt seien, alle Mittel anzuwenden, um die Noth der Arbeitslosen zu mildern. Dem Antrag auf Zahlung eines entsprechenden Beitrags zu den Delegationskosten wurde schließlich zugestimmt.

Der Umstand, daß bei den letzten Wahlen im Staate New-York die Republikaner wieder obenauf gekommen sind, hat zur Folge gehabt, daß hier und in Brooklyn Untersuchungen wegen Wahlbetrügereien eingeleitet wurden; hier in New-York wurden 64 Wahlinspektoren etc. verhaftet und unter Anklage gestellt. In dem bekannten Vergnügungsplatze Conoy Island hatte der dort unumschränkt herrschende Polizeipalsha eine mit richterlichem Befehl ausgerüstete Kommission zur Revidirung der Wahllisten verknüpfen und verhaften lassen. In dem zu jenem Bezirk gehörenden Orte Gravesend, welcher 8500 Einwohner zählt, wurden später über 5000 Stimmen abgegeben, worunter nur einige Hundert republikanische. Für unsere Partei werden im Ganzen 3—5000 Stimmen gerechnet, um welche dieselbe durch die in vielen Fällen geradezu unerschämten Wahlbetrügereien zu kurz gekommen ist. Auch bei der letzten (Mayor's) Wahl in Chicago scheint man wieder in derselben Weise gewirthschaftet zu haben, wie vor bald anderthalb Jahrzehnten, wodurch dort dem Anarchismus der Boden bereitet wurde. Es ist indessen nicht zu befürchten, daß jene Praktiken der herrschenden Parteien (die Politiker republikanischer und auch populärlicher Konkrete machen es, wo sie das Heft in der Hand haben, ebenso wie die demokratische Partei) in größerem Umlange die Wahlenthaltung der fortschrittlichen Arbeiter zur Folge haben werden; im allgemeinen herrscht die Ansicht, daß, sobald eine vom anglo-amerikanischen Arbeiterthum getragene politische Bewegung in der Arena erscheint, dem politischen Gaunertum bald das Handwerk gelegt wird.

In Bräun wird sich demnächst ein Meineidsprozeß abspielen, in welchem aber nicht „Umstürzler“, sondern „Hüter der Ordnung“ auf der Anklagebank sitzen werden. Infolge der blutigen Zusammenstöße, welche am 8. Juni v. J. anlässlich des Verbot der Versammlungen, die zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts abzurufen waren, zwischen Polizei und Volk stattgefunden, war den „Erzbedenken“ der Prozeß gemacht worden, wobei mehrere städtische Wachsmänner als Kronzeugen gedient hatten. Diese sehen nun im Verdacht, Meineide abgelegt zu haben zu ungunsten der damals Angeklagten. Dieser Prozeß macht dem liberalen Bränner Stadtrat große Kopfschmerzen und wie die Bränner „Kronze“ meldet, ist er ängstlich bemüht, für den Politischen Jäger und Konsorten einen — antiliberalen (?) Verteidiger in Bräun aussindig zu machen. Den Wachsmännern, die für Aufrechterhaltung der „Ordnung“ in Bräun so „ausgezeichnete“ Dienste gethan haben, wird bei dem Prozeß sicher nicht zu wehe geschehen.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Ein Tusch, angebracht gelegentlich eines Hochs auf die Sozialdemokratie, ist ein Vergehen gegen § 800 Abs. 11 des Reichs-Strafgesetzbuchs. Diese pyramidale Heißeißei förderte der Gemeindevorstand von Pöhlitz, eines Ortsteils im Fürstenthum Neuh zu Tage. Vier Musiker, die den Tusch geblasen, wurden mit Strafmandaten von je 10 Mark bestraft.

— Das Mannheimer Schwurgericht verurtheilte den Genossen Kessler, Redakteur des „Volksstimme“, wegen Beleidigung des Gropshergog von Baden zu vier Monaten Gefängnis.

## Lokales.

Geradezu hundsgemein ist das Verhalten eines Theils der liberalen und der sogenannten unparteiischen Presse anlässlich der vorgestrigen Polizeiaffäre zu nennen. Während selbst konservative Mütter das Ding beim rechten Namen nannten und in ihren Berichten offenkundig die absolute Schuldlosigkeit der Arbeitslosen an dem Angriff hervorhoben, lekt diese Sorte Zeitungen auch anlässlich des vorgestrigen empörenden Alles der Polizei den Staub von den Stiefeln. Die „Post, Fig.“ höhnt mit der nächsternsten Miene von der Welt, daß die Arbeitslosen von der Polizei nach dem Landberger Thor und nach der Königstraße „geleitet“ wurden (geleitet ist unbezahlbar!); bei diesem Akt der Kontraste habe die lebenswürdige Polizei sich dann veranlaßt gesehen, recht kräftig einzuschreiten und von der blanken Waffe Gebrauch zu machen.

Das „Berliner Tageblatt“ redet von einigen „Mißgriffen“ der Polizei; die Folgen solcher „Mißgriffe“, meint das Moskische Organ, haben die Betroffenen sich freilich in der Regel selbst zuzuschreiben; sie wären davon verschont geblieben, wenn sie — man rathe — wenn sie ihre Reue hätten bezähmen können. Die Dummköpfe wären also von Prügelein verschont geblieben, wenn sie den Belagerungsstand auch in Friedenszeiten für permanent erklärt und von dem Recht, auf offener Straße zu gehen — geschweige denn vom Versammlungsbrecht — keinen Gebrauch gemacht hätten. Das ist wirklich echt freisinnig!

Das größte Leidet sich aber der unparteiische Lokal-Anzeiger. Dies in Arbeiterkreisen zahlreich verbreitete Blatt ist das einzige, das den traurigen Muth hat, von der Abwehr eines Widerstandes zu reden, den die Versammelten der Aufforderung der Beamten weiter zu gehen, entgegenzusetzen haben sollen! Es war ein unerfreuliches Bild, so winnert der „Unparteiische“, daß sich dem Beobachter darbot, dieser Kampf des Nob mit der Polizei. Mit schamloser Suffisance heißt es weiter: „Mancher Neugierige hat auf dieser Weise wohl heute Morgen einen fühlbaren Denkwort erhalten.“

Man merke — zur Schande der Berliner Bevölkerung muß es gesagt werden — es ist ein in Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen in über hunderttausend Exemplaren verbreitetes Blatt, das es fertig bringt, gleichzeitig den Arbeitslosen, die das Blatt unerschämter Weise „M o b“ zu nennen mag, einen Fußtritt zu versehen und vor der Polizei hat seine unterthänige Reue einzumachen! In den Augen der Prehalsolien unparteiischer Obermann nimmt die Polizei nach diesem etwa die Rolle der fürstlichen Posten ein, die im Zeitalter des Absolutismus auf ihrem Thronlein nach Gutdünken über Leben und Sterben ihrer Unterthanen verfügten, und denen es, wenn ihre Laune danach stand, nicht darauf ankam, irgend einen ihrer Unterthanen gleich den Spagen, die man vom Dach herunter schießt, zu traktiren. Von der modernen Staatsbürgerpflicht, sich in Versammlungen und Vereinen zu betheiligen, scheint eine derartige unparteiische Zeitung nichts zu wissen; sie magt sino irret studio dem Inhaber der Gewalt das „Recht“ zu, daß der Dichter in die Worte zusammenfaßt:

Er kann, o Volk, wie einen Hund  
Dich, wenn er will, aufspießen,  
Kann Dich zusammenreiten und  
Kann Dich zusammenschleichen.

Nach der gestrigen Leistung bleibt für den „Unparteiischen“ wirklich nichts anderes mehr übrig, als der Vergessenswunsch, daß recht bald ein „fühlbare Denkwort“ in Gestalt von einem Duzend Gummischläuchen auch auf seinen servilen Rücken herabgefallen möge.

Uebrigens sind wir ungerecht. Leute, und vor allem Arbeiter, die sich, ohne zu erröthen, einen Bericht wie den gestern vom „Lokal-Anzeiger“ gebrachten, vorlesen lassen und dafür noch allmonatlich eine Mark zahlen, verdienen eine Behandlung, wie sie der unterthänige Respekt vor dem Gummischlauch naturgemäß zur Folge hat.

Steine, die er nur ungenügend verbeißt in den Händen trug, und wahrscheinlich zum Werfen benutzen wollte, mußten nach dem „Lokal-Anzeiger“ vorgelesen einem Mann abgenommen werden, als er den Versammlungssaal der Brauerei Friedrichshain betreten wollte. Er der Tausend! War der Kerl tödlich! Wie viel wirkungsvoller wäre es doch im Interesse der sogenannten Ordnung gewesen, wenn der Bürsche die Steine, die er statt des Gummischlauchs bei sich trug, erst nach der Versammlung hätte bei sich finden lassen.

Sie hat einen Verteidiger gefunden — nämlich die Polizei. Es giebt wirklich ein Blatt in Berlin, das den traurigen Muth hat, Dinge anzudeuten, die selbst die „Norddeutsche Allgemeine“ mit dem Schleiher schweigender Liebe verschämt zudecken zu müssen glaubt. Verwundert werden unsere Leser allerdings nicht sein, wenn sie erfahren, welches Blatt es ist, das sich zu einer Verächtlichkeit hergibt, von der selbst ein anderlesenes Reptil sich mit zugehaltener Nase abwendet. Es ist das Organ für Kennspott, Gigerthum und höhere Kuppellei, das — Berliner Fremdenblatt.

Ueber die Austritte am Donnerstag Morgen schreibt eine hiesige Lokal-Korrespondenz:

Das Verhalten der Polizei den Arbeitslosen gegenüber ist noch einer näheren Besprechung werth. Die Polizei ist da zum Schutz von Personen und Eigentum; sie soll die öffentliche Sicherheit, Ordnung und Ruhe anrecht halten. Hat sie das gestern gethan? Leider nein! Nach den uns vorliegenden übereinstimmenden Beurtheilungen ruhiger, leidenschaftsloser Beobachter hat die Schutzmännlichkeit ohne zwingenden Anlaß zur Waffe gegriffen und ohne Wahl dreingehauen. Man sollte meinen, daß das Vereins- und Versammlungsbrecht auch freien Abzug aus dem Lokal gewähre. Kaum aber ergoß sich der Strom der Arbeitslosen, die getreu der an sie ergangenen Mahnung, die Ruhe ausreichten, über die Straße, als mit Stöcken, Gummiröcken und Säbeln wuchtige Diebe auf sie herniederfielen. Verwundert blickte man nach der Veranlassung umher: nirgend eine Zusammenrottung, nirgend Ausschreitungen; ruhig ergoßen sich die Massen über die Straße! Die einzelnen Wiber erschienen kaum glaublich. Ein Mann war den Schlägen eines Kriminalbeamten entleert und kam in der Neuen Königstraße unter die Uniformirten, von denen sich sofort einer auf ihn stürzte und ihn mit Schlägen und Tritten bearbeitete. Eine Frau, die wahrscheinlich durch Zufall die wenig ruhmvollen Stätte betreten hatte, kam in große Gefahr, übertrampelt und überritten zu werden. Drei Zeitungsblätter gingen ruhig nebeneinander ihres Weges, mehrere Schritte vor ihnen zwei Arbeiter und in kurzer Entfernung hinter ihnen wiederum zwei, als ein Schutzmann mit furchtbarem Miene auf sie einstürzte und sie zum „Kuseinergehen“ aufforderte. Solche betäubenden Vorfälle gab es eine ganze Reihe. Weshalb das zum Schutz von Personen oder für die öffentliche Sicherheit? War das eine Obigkeit, die das Schwert nicht unjosst trägt?! Wir sind nun weit entfernt, die ausführenden Organe für das begangene Unrecht verantwortlich zu machen; wir wissen sehr wohl, wenn wir auch ein Zeichen zum Beschlagen nicht wahrgenommen haben, daß das Verhalten der unteren Beamten nur auf höhere Weisung so ausarten konnte. Daher können wir der Oberleitung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Sachlage nicht zu übersehen im stande war. . . . Wie es heißt, sind die Drahtnachrichten nach auswärtig, die die Vorgänge schilderten, amtlich zurückgehalten worden.

Ein anderer Berichterstatter fährt die ganze Affäre auf ein „Mißverständnis“ zurück. Ein „Mißverständnis“ hat bekanntlich nach reaktionärer Legende auch dem 18. März 1849 zu Grunde gelegen.

Zur vorgestrigen Polizei-Affäre. Der Feuerifer der Schutzmännlichkeit bei der Affäre wird durch folgende Mittheilung, die uns aus unserm Leserkreis wird, drastisch beleuchtet:

In das Haus Friedenstr. 5 hatten sich mehrere der Versammlungsbefucher vor der draußloschlagenden Polizeigewalt geflüchtet. Einige Schutzleute verfolgten die Leichtsinnigen und es gelang den Wätherischen auch, auf dem Hofe einiger Flüchtlinge habhaft zu werden, die mit blanker Waffe und mit geballten Fäusten entsetzlich verhöhnt wurden. Weitere Schutzleute stürmten die Treppen hinauf und schrien in die Wohnungen hinein, man solle die Menschen, die sich verdeckt hielten, ausliefern. Die meisten Einwohner bekamen Pflichtgefühl genug, um den schnaubenden Beamten die sich verborgen haltenden Flüchtlinge zu verheimlichen. Nur der Portier des Hauses, Ernst mit Namen, ließ sich herbei, den Beamten die devote Mittheilung zu machen, daß sich doch Leute im Hause verdeckt hielten. Die Schutzleute stürmten wieder die Treppen des Hauses hinauf; dank der pflichtgemäßen Haltung der Hausfrauen gelang es ihnen aber auch bei der zweiten Attacke nicht, der Opfer, nach denen sie lechzten, habhaft zu werden. Die tapfere, pflichtbewusste Haltung der braven Frauen dieses Hauses verdient die ehrendste Anerkennung.

Zur Frage der Konsumvereine. Dem „Vorwärts“ wird in bezug auf seine Stellung zu der Bewegung gegen die Konsumvereine von einigen eigenthümlicherweise anonym zeichnenden „Genossen“ der Vorwurf gemacht, daß eine solche Haltung nicht vereinbar sei mit der Thatsache, daß die Ueberherrscher der Zeller-Versammlungen in diesen Versammlungen der Partei zugewiesen würden. Es ist Sache der Versammlungen über die Verwendung der freiwilligen Eintrittsgelder zu bestimmen, dem „Vorwärts“ aber, der die Aufgabe hat, die Prinzipien der Sozialdemokratie gegen jedermann, auch gegen Arbeiter-Versammlungen, zu vertreten, erwächst hieraus doch nicht etwa eine Verpflichtung, eine kleinbürgerliche Agitation zu fördern. Würde er sich durch solche Rücksichten beeinflussen lassen, läge Grund zu einer Beschwerde vor, dann hätte man das Recht uns der Korruption zu zeihen. Wir haben aber nichts anderes gethan, als unsere Pflicht erfüllt.

In einer freisch-fremd-föhlischen Hofzerei kam es vorgestern in einem Wiener Café in der Friedrichstraße, nahe der Weidenammer Brücke zwischen dem Zahnarzt Dr. L. und einem Agitator der antisemitischen Partei, Kaufmann R. aus Charlottenburg, Dr. L., welcher zwar jüdisch ausieht, jedoch kein Jude ist, sah gegen 5 Uhr früh mit einem Bekannten in dem bezeichneten Lokal, in welchem sich auch Herr R. befand. Der letztgenannte erging sich in ausfälligen Liebessarten gegen die Juden, wurde schließlich persönlich gegen den Zahnarzt, der, als R. unter dem Ruf „Juden raus“ auf ihn deutete, seinerseits aufsprang und dem Beleidiger eine Ohrspeise verjegte. Später kam es zwischen den Beiden nochmals zu einer Schlägerei, die sich, als Dr. L. fortging, auf der Straße wiederholte. Ein hinzukommender Schutzmann stürzte schließlich die beiden Kämpfenden für Anti- und Philosemitismus nach der Revierröcke in der Wasserstraße, wo sich der Kaufmann als Reichstags-Abgeordneter bezeichnet haben soll. (Soweit wir wissen, kandidirt Herr R. bei den letzten



# Achtung! Töpfer! Achtung!

**Generalversammlung**  
sämtlicher Delegirten der Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes zu Berlin  
am Montag, den 22. Januar 1894, Abends 5 Uhr,  
im Lokale des Herrn Pyrotek, Gipsstraße 3 (im Garten-Saal).  
Tages-Ordnung: Besprechung von Kassenangelegenheiten.  
Der Einberufer: Eduard David, Ackerstr. 138.

**Verband der in Buchbindereien,**  
der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft.  
Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitgliedschaft Berlin.  
Am Montag, den 22. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr,  
Alte Jakobstraße Nr. 75:

**Ordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 4. Quartal 1893. 2. Abrechnung vom Solveter-Vergangen. 3. Neuwahlen. 4. Mitgliedschaftsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimirt. 458/8  
Der Vorstand.

**Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufs-g.**  
(Zahlstelle Berlin).  
Am Montag, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im  
„Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45:

**Große Versammlung mit Frauen.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Wurm über: „Die Erhaltung der Sehkraft mit Demonstrationen am künstlichen Auge“. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.  
Zu dieser wichtigen Versammlung ladet die Kollegen dringend ein  
Der Vorstand.  
185/3  
Zu dem am Sonntag, den 21. d. M., Mittags 1 Uhr, stattfindenden Besuch der Urania sind sämtl. Billets vergriffen. Nächster Besuch Ende Februar.

**Riffenmacher!**  
Montag, den 22. Januar cr., Abends 8 Uhr,  
bei Gründer, Köpenickerstr. 100:

**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Abrechnung vom vierten Quartal. 3. Bericht des Vorstandes. 457/9

**Berein zur Regelung der gewerbl. Verhältnisse der Töpfer**  
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.  
Am Mittwoch, den 24. Januar, Abends 5 1/2 Uhr, im  
Lokal des Herrn Philipp, Rosenthalerstraße 38:

**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und der Rechtschutts-Kommission. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und Ergänzungswahl der Rechtschutts-Kommission und der Revisoren. 3. Gewerkschaftliches.  
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Der Vorstand.  
470/6

**Ethische Gesellschaft.**

Sonntag, 21. Januar, Nachmittags pünktlich 4 Uhr, in  
Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 79:  
Fortf. der Generalversammlung vom Mittwoch, 10. Januar.  
Tages-Ordnung: Vortrag über Religion. Anträge und Verschiedenes.  
Nur Mitglieder haben Zutritt. 149/20  
Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.  
Die Mitglieder werden gebeten recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
Der Vorstand. J. A.: B. M. o. f. t. e.

**Genossenschafts-Bäckerei f. Berlin u. Umg.**  
(Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht).

Wir geben hierunter noch einige in unserer letzten Veröffentlichung ausgelassene resp. neu errichtete Niederlagen bekannt:  
Benisch, Stendalerstr. 6.  
Bachowsky, Gabelbergerstr. 8.  
Göbe, Thurmstr. 63.  
Seitmann, Wandbeistr. 14.  
Wogener, Waldstr. 44.  
Kabelitz, Beusselstr. 29.  
Lange, Wendenstr. 4.  
Reich, Ohmstraße 3.  
Hoffmann, Kolonnenstr. 38.  
Gudjons, Kolonnenstr. 61.  
Wwe. Schwarz, Brauhilfsstr. 16.  
Werner, Herberstr. 4.  
Thomas, Bahnstr. 44.  
Wendt, Helmstr. 11.  
Dohan, Stubenrauchstr. 12.  
Hamann, Marienburgerstr. 23.  
Roht, Stuppinerstr. 11.  
Klingant, Oberbergerstr. 42.  
P. Schröder, Schornborststr. 34.  
M. Wach, Wendenstr. 3.  
Carl Schmidt, Reichsbergerstr. 159.  
Jaritz, Forsterstr. 97.  
Erl, Forsterstr. 11.

Unsern Brotstempel: G.-B. B. u. U. bitten zu beachten; unsere Korbbröte sind mit der vollen Firma versehen. 97/13  
Von der letzten Liste bitten, weil unser Brot nicht fälschend, zu streichen:  
Henning, Münchbergerstr. 17.  
R. Dreissig, Weberstr. 23.  
Bröscke, Landbergerstr. 88.  
Wulff, Gubenerstr. 11.  
Schwalbe, Reinickendorferstr. 60a.  
Butterladen, Brunnenstr. 118.  
Schmidt, Pattburgerstr. 41.  
Fischer, Prinzenallee 37.  
Bezüglich unserer letzten Annonce lies uns der Vorstand der „Produktiv-Genossenschaft vereinigter Bäcker-Arbeiter Berlins und Umgegend“ wissen, daß sie seit längerer Zeit, namentlich aber seit ihrer Umföderung nach der Preussischer Aller, des Sonntags vorder backen noch Brot oder Weisswaare ausfahren und somit ihren Arbeitern auch eine 36stündige Ruhe gewähren.  
Eine Erwidrung auf die im „Vorwärts“ (Nr. 9 vom 12. d. M.) befindliche Annonce des sich jetzt „Genossenschafts-Bäckerei Vorwärts“ unterzeichnenden Unternehmens zu geben, halten wir, da von jener Seite unsere Angaben bestätigt worden, für überflüssig.  
Die immerwährend sich wiederholenden verleumdenden Berichte seitens der gegnerischen Presse lassen erkennen, wie sehr ihnen daran liegt, unser Unternehmen zu Grunde zu richten; der Zweck dessen ist leicht zu durchschauen und erziehen wir die werthen Genossen und Genossinnen um weitgehendste Unterstützung.  
Der Vorstand.

**Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren.**  
Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.  
Berlin S.O.,  
Franz Tutzauer, Köpenickerstr. 25.

**Roh-Tabak**  
A. Goldschmidt, 4435L\*  
am besten Plage wie bekannt  
**grösste Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand.  
Streng reelle Bedienung, billige Preise!  
Sämtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager.  
A. Goldschmidt,  
Oranienburgerstr. 2.

**Schuhe und Stiefel**  
mit Kontroll-Marke.  
Allen Freunden u. Genossen empfehle mein Schuh- und Stiefel-Geschäft.  
Große Auswahl in Winter-Artikeln zu den billigsten Preisen. 5465L\*  
L. Zaake,  
Rüftriner-Platz Nr. 8.

Marken z. quittiren von  
**Partei-Beiträgen**  
empfehlen allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von Conrad Müller, Sahnendik-Feipzig.  
Preisliste gratis und franco.

**!! Roh-Tabak !!**  
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt  
Heinr. Franck, Rohabak-Handlung,  
Brunnenstr. 185.  
Formen (Bodfoorn) wieder vorrätzig.

**Alle Uhren** 5462L\*  
werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für  
**1,50 Mark** (außer Bruch) bei  
W. Winkler,  
Berlin N., Reinickendorferstr. 29,  
gegenüber der Dankes-Kirche.  
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

**Martin Klein,**  
Uhrmacher, 5464L\*  
25 Neue Hochstr. 25  
empfehlen sein Lager aller Arten  
**Hand- und Taschenuhren.**  
Reparaturen zu soliden Preisen

**Jede Uhr**  
repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1,50 M., außer Bruch. Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Weder etc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pinneten. 5442L\*  
Carl Lux, 34. Chaussee-Str. 34.  
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

**Köpenick, Grünstr. 38 I.**  
**Gerth's Rechtsbureau**  
empfehlen sich dem geehrten Publikum zur Anfertigung von Briefen, Eingaben, Zahlungsbeehlen, Klagen, Bittgesuchen und zu allen schriftlichen Arbeiten.  
Gewissenhafter Rath in allen Sachen. 53988\*

**Eiserne Oefen**  
Ofenrohre, Tischlampen, Hängelampen, Solinger Stahlwaaren, Hand- und Küchengeräte, sowie sämtliche Eisenwaaren zu billigsten Preisen. 53292\*  
G. M. Hartmann,  
N., Panfstr. 45.

**37** Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Sig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich  
**H. Gottschalk,**  
Goldarbeiter und Uhrmacher,  
**37 Admiral-Strasse 37**

**Etablissement „Süd-Ost“**  
(Inhaber C. Ulrich)  
Waldemar-Strasse 75.  
Umständehalber sind Sonnabend der 10. und 17. März frei geworden; auch ist der Palmsonntag zu haben. 53158\*

**Nur 1 Mark.**  
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, jetzt Blumenstr. 19 II. Auch Sonntags.

# Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 21. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet eine Vorstellung für die 3. Abtheilung im **Lessing-Theater** statt. Zur Aufführung gelangt:  
**Das Falliment.**  
Am Sonntag, den 28. Januar für die 4. Abtheilung dieselbe Vorstellung. In der letzten Generalversammlung wurde beschloffen, daß diejenigen Mitglieder, die nach Beginn der Vorstellung kommen, bis zum Schluß des ersten Aktes warten müssen. Wir bitten die Mitglieder daher dringend, bis 2 1/2 Uhr zu kommen, die Verlosung beginnt um 1 1/2 Uhr.  
Kinder finden im Theater keinen Einlaß. 397/7  
Operngläser kosten von jetzt ab in beiden Theate nur 30 Pf. Beihgeld.  
**Der Vorstand der Freien Volksbühne.**  
J. A.: Julius Türk. SW., Solmsstr. 24.

**Berein der Maschinisten u. Heizer Berlins.**  
Sonntag, den 21. Januar, Nachm. 5 Uhr,  
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Thätigkeit des Bereins im verfloffenen Jahre. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 4. Anträge. 298/6  
Mitgliedsbuch legitimirt.  
Der Vorstand.

**Rixdorf!**  
**Große öffentliche Versammlung**  
der Arbeiter-Sanitäts-Kommission  
am Dienstag, den 23. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Gröpler (fr. Niseck), Bergstr. 129.  
Tages-Ordnung: 493/3  
1. Boykott der Charitee. Referent Dr. Zadek. 2. Diskussion. 3. Bericht der Sanitätskommission.  
Hierzu sind sämtliche Krankenkassen-Vorstände eingeladen. Die Herren Aerzte Rixdorfs sind hierzu brieflich eingeladen.

**Metzner's Korbwaaren-Fabrik,**  
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz  
**Kinderwagen,**  
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlbar ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.  
**Jede Uhr** 5466L\*  
zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Rarat Gold u. 24 M. an. Gold- u. Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen  
**E. Rothert & Stolz,** Geschäft: Andreasstr. 62.  
Uhrmacher. Chaussee-Str. 78.

**Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.**  
Ganze Ausstattungen Küchenmöbel in grosser in Mahagoni und Nußbaum. Auswahl empfiehlt  
**Julius Apelt, Sebastianstr. 20**  
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). 5468L\*

**Solidarität.**  
**Schuhe und Stiefel**  
mit Kontrollmarke sind in folgenden Geschäften zu haben:  
C. Geier, Oranienstr. 202.  
A. Anders, Gerichtstr. 82.  
H. Mitschke, Kastanien-Allee 88.  
G. Ferbe, Ritterstr. 114.  
H. Bath, Waldstr. 37, Noabit.  
G. Kördel, Forsterstr. 5.  
H. Müller, Bergmannstr. 15.  
6548\*  
**Deutsche Schuhfabrik in Erfurt.**

Freunden und Genossen empfehle ich meinen tägl. Fleischverkauf von Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch zu den billigst. Preisen. Frau J. Schulze, 1907b Eisenbahnhalde, Stand 15.

**Strohhatzwirne** alle Stärken und Farben vorrätzig. Katsch & Richter, Wallstr. 13  
Die gegen den Carl Grag, Doppelnerstraße 35, am 28. v. M. ausgesprochene Beschuldigung nehme ich hiermit zurück. 1283b  
Frau Klemm.

**Detailverkauf sämmtl. Sorten**  
**Roh-Tabak**  
**Rud. Völcker & Sohn,**  
Köpnickerstr. 45. 1270b

**Apfelsinenverkäufer**  
finden größte Auswahl bester Frucht, ausgezählt und lückenweise billigst im Keller Friedrichselderstr. 15. 1220b

**Große helle Tischlerwerkstätten**  
sind sofort spottbillig zu vermieten  
1267b  
Eibingerstr. 13.

**Schmerzloses** Zahnziehen mit Elektrizität, Nervödten, Plombiren je 1 M., b. Vorseizung dieser Annonce halbe Preise. Boltz, gew. Seilgehilfe, Greifswaderstraße 10. Auch f. Krankenlassen geg. Krankenfch.

**Rechtsbureau** des königlichen Amtsrichters A. D. Alte-Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1088b  
**Masken- und Theater-Garderobe** empfiehlt in gr. Auswahl billigst  
Werbelow, 54938\*  
Große Hamburgerstraße 34, I.

**Altes Schüthenhaus,** Linienstr. 5, empfiehlt seine Säle. Sonntag, den 18. März, ist noch zu vergeben. 1286b

Blumenstr. 46 ist ein **Vereinzimmer** mit Piano zu vergeben. 1267b

Ein gutgehendes **Restaurant** ist Umständehalber zu verl. Heiligegeiststr. 20.  
Das älteste Seifengeschäft auf dem Gesundbrunnen von J. Findeisen, Badstr. 34, führt nur streng reelle Waaren. Lager von Bürstenwaaren, Fußdecken, Scheuertücher, Fensterleber u. f. w. 1712b

**Kleine Wohnungen.**  
Stube und Küche, Kofet, für 60 bis 70 Thlr. billig zu verm. Svinemünderstraße 123 (nahe am Winetaplag) beim Birth. 1226b

Grünauerstr. 25 freundl. Wohnungen preiswerth zu vermieten. 1277b

Frdl. Schlafstelle (6 M.) bei W. Schlüter, S. Brikerstr. 43, Stfl. 1 Tr. r.

Frdl. Schlafst. (sep. Eing.) findet Genosse b. Frau Koch, Bernauerstr. 95, v. 3 Tr. 1301b

Kelterer Herr sucht bessere Schlafstelle zum 1 Febr. Gegend: Brandenburg-Gitschinerstraße, mit Preisangabe. Herr erbittet G. Müller, Restaurant Reichelt, Gitschinerstr. 87. 1304b

**Arbeitsmarkt.**  
Mechaniker, vertraut mit der Montage von Post-Endstellen, verlangt  
Alt-Ges. Rig und Genest, 1296b  
Gitschinerstr. 80.  
Suche f. m. Sohn, der 1 1/4 Jahre Tischler gelernt hat, v. Meister. 1308b  
A. Berndt, Sorauerstr. 4.



## Soziale Ueberlicht.

**En alle in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Kollegen und Kolleginnen!** Wie Ihr wißt, befindet sich eine Anzahl unserer Berufsgenossen seit 7 Wochen im Streik. Es ist ein Kampf um die Koalitionsfreiheit nur bessere Behandlung und anständige Löhne, der uns von den Fabrikanten aufgedrungen wurde, und den wir, wollten wir nicht seine Rechte aus den Händen geben, trotz der schlechten Geschäftslage aufnehmen mußten. Der Opfermut der im Streik stehenden Kollegen läßt auf einen für die Streikenden günstigen Ausgang des Kampfes mit Gewißheit schließen, um so mehr, als jetzt für unser Geschäft die Saison beginnt.

Am Montag, den 22. Januar, findet Abends 8 1/2 Uhr bei Eesele, Grenadierstr. 38, eine Versammlung statt, zu der wir um recht zahlreichen Besuch bitten. R. Temmla.

Eine Kommission der Bureauangestellten, welche im Auftrage einer Versammlung Berliner Bureauangestellten beim Ministerium für Handel und Gewerbe behufs Aufnahme einer Statistik über „die Lage der Bureauangestellten“ vorstellig geworden war, hatte am 9. Januar eine Konferenz mit dem Unterstaatssekretär von Kottenburg. Letzterer verwies die Deputierten zunächst auf die Inkompetenz der Reichskommission für Arbeiterstatistik in dieser Angelegenheit, da das seiner Zeit vom Reichskanzler in Uebereinstimmung mit dem Bundesrathe erlassene Regulativ nur die Aufnahme von Berufsstatistiken von gewerblichen Arbeitern zulasse. Das Regulativ der Reichskommission biete nicht die Möglichkeit, in seiner jetzigen Form die Wünsche der Antragsteller zu erfüllen. Der Kommission wurde vom Herrn Unterstaatssekretär empfohlen, einen Antrag an die Reichskommission zu stellen, daß dieselbe beim Reichskanzler dahin vorstellig werde, ihre Kompetenz zu erweitern und den § 1 des Regulativs dahin abzuändern, daß unter die Aufnahme von Berufsstatistiken gewerblicher Arbeiter auch die der Bureauangestellten falle, er werde den Antrag bei der Reichskommission sowie bei dem Herrn Reichskanzler befürworten, doch sei gegenwärtig die Kommission mit Arbeiten sehr überhäuft. (1) Sodann erkundigte sich Herr v. Kottenburg des Näheren über Lohn- und Arbeitsverhältnisse etc., auch hatte er Interesse zu erfahren, was denn aus den Bureauangestellten im Alter würde, da doch meist nur die jüngeren Arbeiterkräfte aufgeführt worden seien? Die Befragten konnten mit der traurigen Thatsache nicht zurückhalten, daß diese den Beruf wegen der überaus schlechten Löhne verlassen, entweder als Hausdiener arbeiteten oder sonst eine Beschäftigung suchten. Andere hingegen treibe die Arbeitslosigkeit auf die Landstraße, wo sie als Vagabunden oder Verbrecher ihr Leben beschließen müßten. Als dem Staatssekretär die Lohnverhältnisse, namentlich die der Lehrlinge statistisch nachgewiesen wurden, konnte er nicht umhin, sein Erstaunen darüber auszudrücken und fragte einmal, ob das, was hier als Wochenlöhne angegeben, nicht etwa Tagelöhne seien, so etwas hätte er für Berlin nicht für möglich gehalten. Auch die Verhältnisse der Lehrlinge interessierten den Herrn lebhaft, dann fragte er: Ob in Berlin auch Naturalversorgung gegeben werde? Die Frage wurde verneint. Betreffs einer Lohnstatistik lasse sich etwas Genaueres wohl nicht feststellen. Dabei können die deutschen Verhältnisse in Betracht, in Ostpreußen könne man z. B. mit 10 Pf. soviel wie in Berlin mit 1 M. ausrichten. Zum Schluß empfahl der Herr Staatssekretär, daß bei einem neuen Antrage der Bureauangestellten demselben die statistischen Zahlen beizufügen seien.

Mit dem nochmaligen Versprechen, den Antrag bei der Reichskommission zu befürworten, entließ Herr v. Kottenburg die Kommission.

Ein Kampf gegen Unglückliche wird augenblicklich von Seiten der Berufsgenossen — zwar vorläufig noch im Geheimen — geführt. Die „sozialen Reformen“, die in Deutschland geschaffen sind, um der Sozialdemokratie den Boden abzugraben, erweisen sich im Ganzen als unzureichend, bedeuten aber doch einen kleinen Fortschritt gegen früher. Auch in dieser unzulänglichen Form ist die ganze soziale Gesetzgebung den Unternehmern ein Dorn im Auge. In Bezug auf das Unfallversicherungsgesetz richtet sich der Haß der Unternehmer besonders gegen die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts, die vielfach zu ihren Ungunsten ausfallen. Das Reichs-Versicherungsamt hat das Mißfallen einiger Berufsgenossenschaften namentlich dadurch erregt, daß es die Renten jener Unglücklichen, welche im Dienste des Kapitals ihr Augenlicht zum Theil verloren, zu hoch (1) bemesse. Um nun den Nachweis zu erbringen, daß die Erwerbsfähigkeit dieser Personen nicht in so hohem Maße beschränkt ist, als das Reichs-Versicherungsamt vielfach angenommen, ist an die Unternehmer der „Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft“ ein Schreiben folgenden Inhalts gefandt worden:

(Ost), . . . . .

Hochgeehrter Herr!

Unter Bezugnahme auf den von uns kürzlich eingesandten Fragebogen, betreffend die Arbeits- und Verdienstverhältnisse einjähriger Arbeiter, übersenden wir Ihnen in der Anlage die an der Hand des Fragebogens behufs Aufstellung einer Statistik diesbezüglichen Fallkarten.

Die Statistik hat den Zweck, auf Grund der thatsächlichen Arbeitsleistungen einjähriger den ziffernmäßigen Nachweis zu erbringen, daß die Erwerbsfähigkeit dieser Personen nicht in so hohem Maße beschränkt ist, als das Reichs-Versicherungsamt bisher nach den theoretischen Schätzungen der Augenärzte annimmt.

Wir bitten Sie daher ergebenst, die in den Fallkarten enthaltenen diesbezüglichen Fragen genau und erschöpfend zu beantworten und uns dieselben alsdann ungefrachtet unter Benutzung des beigefügten Couverts baldmöglichst zurückzugeben.

Hochachtungsvoll

Der Genossenschafts-Vorstand  
E. Stodhausen, Vorsitzender.  
Der General-Sekretär.  
G. E. Höttnig, Dr.

Aus dem beigefügten Fragebogen seien nur einzelne Fragen herausgegriffen. Zunächst soll der Arbeitgeber berichten, wieviel der sein Auge eingedakte Arbeiter vor und nach dem Unglücksfall verdient, ob der erzielte Lohn etwa durch Mitleid oder Wohlwollen zum Theil mit befristet werde. Des Weiteren wird nach dem Verhältnis gefragt zwischen dem Verdienst eines völlig Gesunden und eines Einjährigen. Durch Vorlegung von 15 Fragen sucht die Berufsgenossenschaft die Erwerbsverhältnisse der verunglückten Arbeiter auf's Eingehendste zu studiren, um nachzuweisen, daß es ihnen viel zu gut gehe, daß sie eine viel zu hohe Rente empfangen. Keine Klage des Mitgefühls für diejenigen, die bei der Arbeit, durch welche sie (die Unternehmer) sich bereicherten, das Unglück hatten, die Pässe ihrer Schrotte einzuüben. In schamlos-geschäftlicher Raffinesse, mit einer Genauigkeit und Umsicht, die einer besseren Sache würdig wäre, wird da in der Menge Fragen herauszufindeln versucht, ob nicht doch einige Prozente dem Beschädigten von der Rente abzugelassen wären.

Das Auktariat auf die Einjährigen erscheint um so unerschämter, als die denselben zuerkannte Rente in der That eine

recht bescheidene genannt werden muß. Die Rente schwankt nämlich zwischen 30 und 50 Prozent. Nur in ganz vereinzelten Fällen ist die Rente höher — 75 Prozent. Dann ist aber Rücksicht genommen auf das hohe Alter der Verletzten. Und diese geringen Renten erscheinen dem „Genossenschaftsvorstand“ zu hoch. Die Einjährigen verdienen noch zuviel, die Berufsgenossenschaften werden zu sehr belästet. — Das Ganze wirkt wieder einmal ein recht großes Licht auf unsere vielgepriesene Sozialreform.

Revision der Altersversicherungs-Karten. Der kürzlich von uns veröffentlichte Erlass des Justizministeriums, dahingehend, daß die Staatsanwälte gegen Arbeitgeber, welche ihren Pflichten, die ihnen durch das Arbeitsgesetz auferlegt sind, nicht nachkommen, unausgesprochen vorgehen haben, scheint einigen Erfolg zu haben. In Nürnberg fand am 1. November 1893 bis 8. Januar 1894 eine Revision der Invalideits- und Altersversicherungs-Karten statt, wobei sich ein Manco von 10 717 Marken im Werthe von 2454 M. bei 1481 revidirten Karten ergab. In einem einzigen Betriebe fehlten 1095 Marken im Geldwerthe von 253 M. Im Ganzen wurden bis jetzt 21 685 Karten einer Revision unterzogen, wobei 68 127 fehlende Marken mit einem Betrag von 15 436 M. konstatirt wurden. Dieses ungünstige Resultat veranlaßte das mittelstaatliche Versicherungsamt, den Magistrat anzuweisen, künftig gegen Schumige mit Strafen vorzugehen, da jedermann sich während des dreijährigen Bestehens des Gesetzes mit dessen Bestimmungen vertraut machen konnte. — Diese selben Herren, die solche Missethäter begehren, würden aber auch bössere entziffert sein, wollten wir sie Betrüger nennen, und da wir sie nicht bezeichnen wollen, stellen wir ihnen gern das Zeugnis aus, daß sie zu den tüchtigsten „Ordnungsführern“ gehören.

Der Amsterdamer Gemeinderath hat beschlossen, auf die Arbeiter bei öffentlichen Bauten, bei Anwendung der Maximum-Arbeitszeit von 11 Stunden, den Minimum-Lohnsatz anzuwenden. Wird über die Maximum-Arbeitszeit gearbeitet, dann hat ein Arbeiter für 1 Stunde 10 pCt., 2 Stunden 20 pCt., 3 Stunden 30 pCt. und für weitere Stunden 50 pCt. seines Lohnes zu erhalten. Für Sonntagsarbeit ist 1/2 des gewöhnlichen Tageslohnes festgesetzt.

Wir nähern uns dem Achtstundentag in England. Das offizielle Organ der Arbeiterkammer im englischen Handelsamt, die „Labour Gazette“ schreibt: „Hoffentlich wird Ende des laufenden Monats die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages in den Fabriken und Werkstätten, die unter dem Kriegsministerium stehen, beendet sein. Ueber 14 000 Arbeiter werden sofort von der neuen Einrichtung Nutzen haben. Die Arbeit wird wahrscheinlich um 8 Uhr Morgens beginnen. Sollten die Arbeiter es wünschen, so wird die Mittagspause etwas verlängert werden. Jedenfalls aber wird der Arbeitstag nicht später als um 6 Uhr Abends an den gewöhnlichen Wochentagen und um 1/4 nach 12 Uhr Mittags am Sonnabend schließen.“ — Was sagen unsere Ressortministerien dazu? Diese zeichnen sich aus, die Einen indem sie mehr und mehr Arbeiter entlassen, die Verbleibenden mit Arbeit überlastend, die Andern, indem sie ihre Arbeiten womöglich in Gefängnissen anfertigen lassen, natürlich nur, damit den armen Gefangenen die Zeit nicht zu lang werde. Dem guten Beispiel der englischen Regierung werden wohl oder übel die Privatunternehmer folgen müssen. Die englischen Arbeiter, allen voran die Vergarbeiter, sind rastlos an der Arbeit, den Achtstundentag zu erringen. Die in diesen Tagen in Leicester tagende Konferenz der Vergarbeiter-Delegirten faßte heute eine Resolution, welche besagt, daß, wenn die Regierung nicht in der nächsten Session die Einführung des Achtstundentages in Angriff nähme, bei der Adreßdebatte ein diesbezügliches Amendement in der Antwort auf die Thronrede beantragt werden sollte.

In London haben diese Woche die Berathungen der Kommission von je 14 der Delegirten der Bergwerksbesitzer und Bergleute stattgefunden. Dieser Kommission, welche nach Beendigung des letzten großen Streiks gewählt wurde, fällt die Aufgabe zu, in der Folge alle Lohnfragen und sonstigen Streitigkeiten zwischen beiden Parteien zu schlichten. Die Vertreter der Arbeiter verlangen vor allem einen Minimal-Lohnsatz, der um 30 pCt. höher ist, als der im Januar 1888 vereinbarte. Ueber diesen Punkt ist eine Einigung noch nicht erfolgt. Ein Anlaß zur Befürchtung, daß in Wäde ein neuer Streik ausbrechen könne, liegt indeß nicht vor, da die Grubenbesitzer gewillt sind, auch nach dem 1. Februar, bis zu welchem Datum sie nur verpflichtet waren, die nach dem Streik vereinbarten hohen Löhne weiter zu zahlen. — Die Bergwerksbesitzer von Northumberland haben beschlossen, die den Arbeitern vor drei Monaten gewährte 3prozentige Lohnerhöhung um weitere 2 1/2 pCt. zu erhöhen.

Von 336 337 Mitgliedern der 32 Gewerkschaften, die dem Arbeitsdepartement des englischen Handelsamts regelmäßig Berichte einsenden, befanden sich Ende Dezember des letztvergangenen Jahres 28 452 oder 7,9 pCt. außer Arbeit gegen 10,2 pCt. am Ende des Dezember 1892. Im Schiffsbau haben sich die Verhältnisse im letzten Monat gebessert, dagegen liegt die Stahl- und Eisenindustrie noch immer darnieder. Unter den Maschinenarbeitern am Tyne fehlten 23,5 pCt. Auch für Eesele gab es in den Hauptstädten wenig Stellen. Von den 32 Gewerkschaften bezeichnen 6 die Lage ihres Gewerkes als gut und 26 als schlecht. Im Monat Dezember gab es 24 Streiks gegen 34 im Dezember 1892. Dieselben sind jedoch nicht von Bedeutung, indem die Zahl der Streiker nur 2171 beträgt. Es würde falsch sein, aus der geringeren Anzahl von Streiks den Schluß ziehen zu wollen, daß die Lage der Arbeiter sich verbessert haben müsse; das Gegenteil ist der Fall. Die Zahl der Streiks nimmt zu, je mehr Aussicht auf Erfolg für die Arbeiter vorhanden ist. Ursache zur Unzufriedenheit werden auch in diesem Jahre die englischen Arbeiter genügend haben; daß sie als besonnene Strategen unterlassen, einen Kampf zu wagen, ist ein Beweis für die verweirte Lage der Industrie; die englischen Arbeiter wissen, daß lange Arbeitslosigkeit, daß der Hunger die Massen demoralisirt und zu Streikbrechern werden läßt.

Die jüdischen Bäcker in London hielten am Sonntagabend eine Versammlung ab, welche von dem Internationalen Gewerksverein der Bäcker einberufen worden war, um dem Schwereisystem, unter welchem die jüdischen Bäcker nicht minder als die jüdischen Schneider zu leiden haben, zu begegnen. Die Armen haben eine Arbeitszeit von 20 Stunden den Tag. Die Pasteten spotten allen Gesundheitsvorschriften. Der Gewerksverein beabsichtigt, mittels einer Produktivgenossenschaft Hilfe zu bringen.

## Versammlungen.

Der Verein der Plätzerinnen und verwandten Berufsgenossen hielt seine Sitzung am 9. Januar ab. Zunächst gelangt der Kassenbericht vom letzten Quartal zur Verlesung. Danach betragen die Einnahmen 642,84 M., die Ausgabe 401,62 M., bleibt mithin ein Bestand von 241,22 M. Der Jahres-

bericht weist an Einnahmen 1424,30 M. auf, denen eine Ausgabe von 1188,03 gegenüber steht. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt 2223,03 M. Hierauf folgte die Neuwahl des Vorstandes und wurden gewählt: Möhring 1. Vorf., Frau Stenzle, 2. Vorf., Frau Schulz, 1. Kassirerin, Frau Krause, 2. Kassirerin, Frä. Kastrner, 1. Schriftführerin und Hel. Wendt, 2. Schriftführerin. Zum Schluß macht der Vorsitzende bekannt, daß der Maskenball der Vereins am 3. Februar bei Eiseb stattfindet. Ferner findet am 22. Januar in demselben Lokale eine öffentliche Versammlung statt, die über die Verhältnisse in der Krankenkasse verhandeln soll.

Im Holzarbeiter-Verband (Bezirk Südwest) hielt am 18. Januar Kollege Sieg einen Vortrag über „Die Folgen der Tuberculose“. Die Ausführungen des Redners, der einen längeren historischen Rückblick über die Verfolgungen der Juden im Mittelalter gab, fanden allseitig ein reges Interesse. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und hierauf zur Erledigung von Vereinsangelegenheiten übergegangen. Zu Werkstätten-Kontrolluren wählte die Versammlung die Kollegen Welle, Kuhlmei, Gerig, Knaut, Helmutz und Franz Schmidt. Von den Kollegen Schöneberg ist ein Antrag gestellt, daselbst eine Zahlstelle zu errichten. Der Antrag soll in der nächsten Versammlung nochmals zur Verhandlung kommen.

Die Freie Vereinigung der Militär-Mägenmacher hörte in einer Versammlung am 13. d. M. ein Referat des Kollegen Rogge über die Vortheile und Ziele des Verbandes. Die Diskussion drehte sich ausschließlich darum, ob der Verein zum Verbands überzutreten soll. Das Für und Gegen wurde von einer ganzen Anzahl Redner behandelt. Im Schlußwort stellte es der Referent jedem frei, dem Verbands beizutreten. Hierauf gab der Kassirer den Kassenbericht; derselbe weist einen Bestand von 89,55 M. auf. Die Neuwahl des Vorstandes ergiebt folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Fischöder; 2. Vorsitzender: Benke; 1. Schriftführer: Pilasky; 2. Schriftführer: Hofmann; 1. Kassirer: Kramer; 2. Kassirer: Laue; Beisitzer: Ding.

Die nächste Versammlung findet am 27. d. M. bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, statt.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger hielt am 14. Januar eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Stadernad in einem recht anregenden Vortrage über die Gewerkschaftsbewegung sprach. In der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Schwarz und Kuhn. Hierauf verlas der Kassirer Schönwald den Kassenbericht vom letzten Quartal 1893. Danach betragen die Einnahmen mit dem alten Bestand 580,80 M., die Ausgabe 91,45 M.; mithin bleibt am Schlusse des Quartals ein Bestand von 489,44 M. Daraus bewilligte die Versammlung den streikenden Schuhmachern 20 M.

Der Fachverein der Härder und Berufsgenossen tagte am 14. d. Mts. Genosse Glocke schilderte in einem beifällig aufgenommenen Referat den Werth der Gewerkschaftsorganisation. In der Diskussion nahm der Kollege Braun Veranlassung, das einmüthige feste Zusammenhalten der Langenbieler Weber in ihrem Kampfe lobend hervorzuheben. Nachdem auch die Kollegen Jolke und Urndt gleichfalls sich zum Ausdruck geäußert hatten, ging man zur Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten über, und wählte die Versammlung zu Revisoren die Kollegen Schöffler, Rezien und Scholz.

Die Freie Vereinigung der Zeitung-Expeditoren und Verkäufer hielt am 15. Januar in den Armin-Hallen ihre Generalversammlung ab, in der nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten Kassirer Schönstein den Kassenbericht verlas. Danach betrug die Einnahme 600 M. 4 Pf., die Ausgabe 318 M. 43 Pf., verbleibt ein Kassenbestand von 280 M. 61 Pf. Bei der Neuwahl des Vorstandes, die sodann erfolgte, wurden die Kollegen Schäfer zum ersten, Richter zum zweiten Vorsitzenden, Thiel zum ersten, Bedeking zum zweiten Schriftführer, Schönstein zum ersten, Schildt zum zweiten Kassirer gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Schmidt und Kleinert ernannt. Unter Verschiedenem wurden auf Antrag des Kollegen Ahlert den streikenden Drohschneidern 20 M. aus der Vereinskasse überwiesen.

Der Verein „Freie Volksbühne“ hielt am 16. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem vom ersten Vorsitzenden Dr. Meining gegebenen Verwaltungsbericht wurden im letzten Quartal des vorigen Jahres 15 Vorstellungen gegeben, und zwar je 3 Mal „Uziel Acosta“ von Guxton, „Der Reineidbauer“ von Angenbruber und „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Das letztere Drama hat von allen bis jetzt vom Verein aufgeführten die gewaltigste Wirkung auf die Vereinsmitglieder ausgeübt, welche aber neben dem künstlerischen Werthe desselben auch der vortrefflichen Darbietung zu verdanken war. Der von vielen Mitglievern geäußerte Wunsch, die „Weber“ noch einmal zu sehen, veranlaßte zwei Extravorstellungen im Januar, bei welchen das Theater ebenfalls bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Verein besteht gegenwärtig aus fünf Abtheilungen, die insgesammt 6000 Mitglieder enthalten. Die Bedenken, die früher gegen die Vergrößerung des Vereins geltend gemacht wurden, nämlich, daß derselbe mit seiner zunehmenden Ausdehnung mehr und mehr seinen proletarischen Charakter verlieren dürfte, haben sich als unhaltbar erwiesen, da auch die Mitglieder der zuletzt gegründeten Abtheilungen fast ausschließlich Arbeiter seien. — Der Kassirer Türk gab den Kassenbericht vom vierten Quartal vorigen Jahres. Danach war am 1. Oktober ein Kassenbestand von 4 809,88 M. vorhanden. Die Einnahme betrug: im Oktober 9096,44 M., im November 4041,10 M., im Dezember 6887,10 M., zusammen mit dem Kassenbestand also 17 284,02 M.; dagegen die bez. Ausgabe in den entsprechenden Monaten 732,20 M., 2975,65 M. und 6308,10 M., zusammen also 18 015,95 M. Am 1. Januar 1894 war demnach ein Kassenbestand von 4268,07 M. vorhanden. Als Entschädigung für außergewöhnliche Arbeiten bei der Vorbereitung der „Weber“ wurde dem Kassirer eine Gratifikation von 50 M. bewilligt. Der Antrag, den Inhabern von Zahlstellen für die beim Verkauf der Marken öfters entfallenden Verluste als Entschädigung 1 pCt. ihrer Einnahme zu überlassen, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Von der Veranstaltung eines für den Winter geplanten Künstlerkonzertes wurde Abstand genommen, da eine den Anforderungen des Vereins entsprechende Kapellkapelle nicht zur Verfügung steht. — Unter Verschiedenem wurde der Antrag angenommen, daß diejenigen Mitglieder, welche nicht pünktlich zu Anfang der Vorstellung zugegen sind, erst nach Beendigung des ersten Aktes Einlaß in das Theater erhalten sollen!

Der Verband sämtlicher in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zentrale Rixdorf) tagte am 16. d. M. Kollege Heumann gab der Versammlung einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen auf der Generalversammlung, dem sich eine kurze Diskussion anschloß. Der vom Kassirer verlesene Kassenbericht gab zu keinen Ausführungen Veranlassung. Kollege Heidenmann wurde hierauf zum ersten Vorsitzenden und Heumann zum Vertrauensmann gewählt. Die nächste Versammlung findet am 20. Februar statt.

